

INTERNATIONAL

Kämpfe in Chile, Syrien und
Frankreich

ANTIMILITARISMUS

Kampf dem Krieg,
hier und überall

UNSERE BEWEGUNG

Wer hat uns verraten?
Heute und vor 100 Jahren

Magazin der **SDAJ**

01–20

1,70 EURO

POSITION

LIEBEN, LACHEN, LENIN LESEN

THEMA

Lenin

Wer Marx sagt, muss auch Lenin sagen. Am 22. April jährt sich der Geburtstag von Wladimir Iljitsch Uljanow zum 150. Mal. Seine wissenschaftliche Weiterentwicklung der marxistischen Lehre hilft uns dabei, den kapitalistischen Staat besser zu verstehen, erklärt uns wie Kapitalismus und Krieg zusammenhängen und zeigt uns auch, wie die Arbeiterklasse sich organisieren kann, um gegen diesen Irrsinn vorzugehen. Doch Lenin bewies nicht nur in der Theorie, dass die Arbeiter sich von ihrem Elend befreien können. Als einer der wichtigsten Köpfe der Oktoberrevolution half er dabei Menschheitsgeschichte zu schreiben. Wir werden uns mit dieser Ausgabe genauer mit Lenins Arbeit befassen und herausfinden, wie diese uns dabei helfen kann, den Kapitalismus zu bekämpfen.

S.20 – DIE ROLLE DER PARTEI

S. 22 – AGGRESSION NACH AUSSEN

S. 24 – DER MONOPOLBEGRIFF

S. 25 – EINHEITSFRONT

INTERNATIONAL:



Während die französische Regierung weiterhin auf den deutschen Kurs setzt und Reformen ganz im Stile der Agenda 2010 durchsetzt, feiern Menschen in Aleppo das Ende der Bombardierungen und auch die Proteste in Südamerika gehen weiter. In Chile sollen die Protestierenden mit einem vermeintlichen Verfassungsreferendum ruhiggestellt werden. Wie das Ganze einzuschätzen ist und was die Hintergründe der Proteste dort sind, erklärt uns die Kommunistische Jugend Chiles in einem Gastbeitrag.

» S. 27, 28, 30

ANTIMILITARISMUS:



Die SIKO ist vorbei und die Kriegstreiber haben genau das vom Stapel gelassen, was wir vermutet hatten. Doch nicht nur die Rede von mehr EU-Militarismus ist zum Kotzen. Im Vorfeld der „Sicherheitskonferenz“ wurde eine Friedenskonferenz unter fadenscheinigen Argumenten abgesagt und das obwohl mit Defender 2020 eine der größten US-Manöver seit Ende des Kalten Krieges direkt über deutsche Straßen und Schienen koordiniert wird und jeder Austausch darüber absolut notwendig ist.

» S.12, 14

UNSERE BEWEGUNG:



Vor 100 Jahren wurde durch die SPD mit dem Betriebsrätegesetz das endgültige Ende demokratischer Mitbestimmung in Betrieben besiegelt, unmittelbar nachdem diese unbewaffneten Demonstranten abschlagen ließen. 100 Jahre später wirbt die sozialdemokratische Gewerkschaftsspitze für einen arbeitgeberfreundlichen Kurs, während nach dem größten Sozialabbau in der Geschichte sich ein weiterer Sozialdemokrat in den Aufsichtsrat eines imperialistischen Unternehmens flüchtet.

» S. 40

AKTUELLES

THEMA

INTERNATIONALES

CULTURE BEAT

4 » DER OFFENE BRIEF

An Jörg Hofmann

5 » ZAHL DES HEFTS

Getötete beim rechtsterroristischen Anschlag in Hanau

6 » IVP-KOLUMNE

Was es mit dem Mindestlohn für Azubis auf sich hat

7 » SCHÜLI-KOLUMNE

Der Kampf gegen hohe Mensapreise in Barsbüttel

8 » WESSEN WELT?

Kurzkommentare zum kapitalistischen Wahnsinn

10 » WORKING WHISTLE BLOWER

Fragwürdige Arbeitsbedingungen in der Hotelwirtschaft

11 » SPD UND KAPITAL

Sigmar Gabriel wird Aufsichtsratsmitglied der Deutschen Bank

12 » ABGESAGTE FRIEDENSKONFERENZ

Ein bestellter Eklat um die Gegenprotest zur „Münchener Sicherheitskonferenz“

14 » DEFENDER 2020

Ein riesiges NATO-Militärmanöver soll Russland „abschrecken“

16 » SDAJ IN AKTION

u.a. beim Protest gegen die „Münchener Sicherheitskonferenz“

18 » EIN „GREEN DEAL“ FÜR EUROPA?

Die EU-Kommission plant langfristig im Interesse des Kapitals

LENIN

19 » HAPPY BIRTHDAY, LENIN!

Dieses Jahr feiern wir den 150. Geburtstag des großen Revolutionärs

20 » ROLLE DER PARTEI

Warum es eine Kommunistische Partei braucht

21 » ROLLE DER ZEITUNG

Warum eine Zeitung mehr als Information liefert

22 » IMPERIALISMUS

Aggression nach außen

23 » IMPERIALISMUS

Aggression nach innen

24 » MONOPOLBEGRIFF

Wie sich Monopol gebildet haben und was das für uns bedeutet

25 » EINHEITSFRONT

Wie Lenin gegen Opportunismus und Abenteuerlust kämpfte

27 » KLASSENKAMPF IN CHILE

Die Kommunistische Jugend Chiles zur aktuellen Lage

28 » KAPITALOFFENSIVE IN FRANKREICH

Die Vorgeschichte des Kampfes gegen die Rentenreform

30 » ALEPPO IST FREI!

Syrische Truppen erobern Aleppo von Islamisten

32 » IN ÖSTERREICH REGIEREN DIE GRÜNEN MIT

Ein Interview mit der Kommunistischen Jugend KJÖ

33 » LIKES-EXTRA: NOUS

Worum geht es bei der Literaturzeitschrift „nous“?

34 » LIKES UND DISLIKES

Carnival Raw, die Aula und die Känguru-Chroniken

36 » SEX-RUBRIK

Lass mal übers Ficken reden!

38 » 60 JAHRE ABSCHLUSS DER KOLLEKTIVIERUNG DER LANDWIRTSCHAFT DER DDR

Interview mit Johanna Scheringer-Wright

40 » 100 JAHRE BETRIEBSRÄTEGESETZ

Hintergründe der gesetzlichen Verankerung betrieblicher Mitbestimmung

42 » MARXISTISCHER SPICKZETTEL

Diesmal erklären wir „Faust“ von Goethe

INTRO

Während in Bundeswehr und Polizei weiter rechte Terrornetzwerke geknüpft werden, erschießt Tobias Rathjen zehn Menschen aus offensichtlich rassistischen Gründen. Politik und Medien weigerten sich wieder lange einen politischen Hintergrund zu erkennen. Der Rechtsruck in Deutschland ist in voller Fahrt- was können wir dagegen tun? Wie verteidigen wir unsere demokratischen Rechte, weshalb sind wir unter Dauerbeschuss von Seiten des Kapitals, wie können wir ein

besseres System aus eigener Kraft bauen? Ein gewisser Wladimir Iljitsch Uljanow, besser bekannt als Lenin, wurde vor 150 Jahren geboren und prägte und führte die revolutionäre Arbeiterbewegung wie kaum ein anderer. Was er dafür geleistet hat und was wir noch heute von ihm nutzen können erfahrt ihr in unserer Themen-Rubrik.

Euer Zeitungskollektiv

POST VON der SDAJ



„IGM Messstand auf der Hannover Messe 2016“ by Bonifly is licensed under CC BY-SA 4.0

★ Der offene Brief an Jörg Hofmann

Lieber Jörg,

als Vorsitzender der größten Einzelgewerkschaft Deutschlands hast du einen relativ sicheren Job. Die meisten Beschäftigten können davon nur träumen, besonders, seit die IG Metall sich entschieden hat, Leiharbeit nicht zu bekämpfen, sondern sie zu verwalten. 30.000 in der Autoindustrie beschäftigte Leiharbeiter*innen wurden in den letzten sechs Monaten auf die Straße gesetzt. Begründung? Die aktuelle Konjunktur- und Strukturkrise, die insbesondere die Automobilindustrie trifft. Denn das Tolle an Krisen ist, dass man sie auf die Lohnabhängigen abwälzen kann.

Angebote an die Konzerne

Und wie sieht die Reaktion „deiner“ Gewerkschaft aus? Anstelle von Gegenwehr macht sie den Konzernen noch Angebote. Ganz nach dem Motto, in Krisenzeiten muss das eigene

Kapital unterstützt werden. In die Gespräche für den nächsten Tarifvertrag geht die IG Metall explizit ohne Lohnforderungen. Im Gegenzug soll die Arbeitgeberseite ein „Zukunftspaket für einen fairen Wandel“ aufstellen. Dahinter steckt die Hoffnung, dass durch dieses Entgegenkommen weiterer Personalabbau verhindert

„Jörg Hofmann ist seit 2015 erster Vorsitzender der IG Metall und Mitglied des Aufsichtsrats der Volkswagen AG.“

werden kann und Ausgliederungen sowie Standortschließungen vermieden werden. Skeptisch sehen das die Mitglieder in den Betrieben, die Basis „deiner“ Gewerkschaft. Auf große Zustimmung trifft dieses Vorgehen bei ihnen nicht, besonders auch, weil es ohne vorangehende Diskussion beschlossen wurde. Ihnen scheint die Erfahrung vieler Belegschaften,

auch ohne Lohnforderungen nicht vor Stellenstreichungen bewahrt zu sein, wesentlich präsenter zu sein als dir. Bereits 2008 war die IG Metall die Strategie des Lohnforderungsverzichts gefahren – das Ergebnis waren Massenausritte aus der Gewerkschaft und damit Schwächung der eigenen Kampfkraft.

Energischer Klassenkampf von Unten

Die richtige Schlussfolgerung daraus hätte sein müssen, dass Angebote an die Kapitaleseite nicht im Interesse der Belegschaften sind. Denn durch Hoffnungen und Bitten sind die Arbeitgeber noch nie zu Zugeständnissen bewegt worden. Es kommt auf energischen Klassenkampf von unten an – gerade in Krisenzeiten!

Sophia, Landau
& das Zeitungskollektiv

AM 19.02.2020 WURDEN IN HANAU NEUN MENSCHEN BEI EINEM RECHTEN TERRORANSCHLAG ERMORDET. WIR SAGEN IHRE NAMEN:

FERHAT Ü. (22)

SEDAT G. (30)

KALOJAN V. (33)

SAID NESAR H. (21)

FATIH S. (34)

Zahl des Hefts

Die Zahl rechter Anschläge ist in Deutschland in den letzten Jahren deutlich gestiegen. Zwischen 2011 und 2017 gab es über 4300 Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte und allein 2015 1300 Delikte und ausländerfeindliche Angriffe auf AsylbewerberInnen. Immer wieder tauchen Berichte zu rechten Untergrundgruppen auf, die ausgerüstet mit Waffen

9

MERCEDES K. (35)

GÖKHAN G. (37)

HAMZA K. (20)

VILI VIOREL P. (23)

und Todeslisten Anschläge verübten und/oder planen. Um die 470 Neonazis sollen sich in Deutschland trotz Haftbefehl auf freiem Fuß befinden. Wer auf staatliches Durchgreifen hofft, kann leider lange warten. Die Verstrickung von Verfassungsschutz und NSU und das Beeinflussen der Ermittlungen, rechte Netzwerke in Polizei und Bundeswehr machen im-

mer wieder eins deutlich: der Staat hat im Kampf gegen rechten Terror nicht versagt, sondern diesen nie geführt. Dabei wäre eine lückenlose Aufklärung das mindeste, um den Opfern und ihren Angehörigen gerecht zu werden und zukünftige Anschläge zu verhindern.

Sophie, Bochum

Auch eine Ausbildung muss zum Leben reichen

Warum der neue Azubi-Mindestlohn alles andere als angemessen ist

Union und SPD feiern sich, denn nach jahrelanger Ignoranz haben sie jetzt den Mindestlohn für Azubis beschlossen und das, obwohl Sie jahrelang behauptet hätten, das wäre unmöglich. Mit ganzen 515 Euro brutto (ca. 440 Euro nach allen Abzügen) dürfen Auszubildende im ersten Lehrjahr jetzt rechnen. Zum Vergleich: Ein WG-Zimmer in Bamberg kostet im Schnitt 368 Euro. Selbst wenn die oder der Azubi noch Kindergeld erhält, wird es schwer davon zu leben. Jugendliche, die von Ihrem Einkommen leben

bestimmten Voraussetzungen und sie sind obendrein mit hohem Aufwand verbunden. Wer zum Beispiel eine zweite Ausbildung macht und zu wenig verdient, bekommt noch nicht einmal Wohngeld, sondern muss mit Arbeitslosengeld aufstocken. Dass die Beantragung von staatlicher Hilfe - sei es Hartz IV, Bafög oder Berufsausbildungsförderung - mit hohen Hürden, Papierkram und Aufwand verbunden ist, ist den meisten nur allzu bekannt.

An uns wird verdient

Wir Azubis sind billige Arbeitskräfte. Es wird behauptet, wir würden ein Unternehmen mehr kosten, als dass wir ihm nützen, aber das stimmt einfach nicht. In den meisten Berufen leisten wir nach einer gewissen Einarbeitungsphase gewinnbringende Arbeit, wenn nicht sogar die gleiche wie eine ausgelernte Arbeitskraft. Natürlich kann ein Lehrling in der IT nach drei Wochen keine Software entwickeln und ein KFZler kein Auto reparieren, in vielen Branchen lohnt sich die Zuarbeit der Azubis dennoch gewaltig. Das Tagesgeschäft im Einzelhandel zum Beispiel wird nahezu komplett durch Auszubildende getragen, ein KFZ-Azubi hat bereits nach fünfzehn Reifenwechseln sein Bruttogehalt rein gearbeitet. Lehrjahre sind keine Herrenjahre, wird uns dann entgegnet und dass man früher froh

sein konnte, wenn man überhaupt etwas Geld bekommen hat. Aber rechtfertigt das ein Leben in Armut?

Auch ein Azubi muss von seiner Arbeit leben können und wenn die Lebensunterhaltungskosten weiter steigen, sind es die Auszubildenden, die zuerst und am meisten darunter leiden. Dreist ist, wenn dann für das wenige Geld noch nicht einmal richtig ausgebildet wird. Zum Beispiel dann, wenn man in Abteilungen eingesetzt wird, in denen Personalmangel herrscht und nicht dort, wo es für die Ausbildung am wichtigsten ist. Oder wenn die Ausbilder im Betrieb nur auf dem Papier existieren und sich wenig darum scheren, ob man gut ausgebildet wird. Auch das ist Alltag in vielen deutschen Betrieben. Niemand sagt, dass ein Azubi das gleiche verdienen soll wie eine ausgebildete Arbeitskraft mit Berufserfahrung, aber das Geld muss zum Leben reichen. Die allermeisten Betriebe können sich eine gute Vergütung leisten, Kleinbetriebe, die dadurch wirklich an die Grenzen ihres Möglichen geraten, müssen gefördert werden. Es gibt keine Ausrede, ein gutes und ausreichendes Ausbildungsgehalt zu verweigern. Deshalb kann und muss es unsere Forderung sein, eine angemessene Ausbildungsvergütung zu verlangen. 1000 Euro im Monat wären ein guter Anfang.

Domi, Neumarkt

„ES WIRD BEHAUPTET, WIR WÜRDEN EIN UNTERNEHMEN MEHR KOSTEN, ALS DASS WIR IHM NÜTZEN, ABER DAS STIMMT EINFACH NICHT.“

müssen, benötigen ca. 900 Euro, um über die Runden zu kommen. Und selbst mit 900 Euro heißt es noch Nudeln mit Ketchup und Dosenravioli zum Ende des Monats hin. Dabei kommt es nicht selten vor, dass Auszubildende allein für ihren Unterhalt sorgen müssen und nicht immer können die Eltern einen unterstützen - im Gegenteil: oft müssen Jugendliche von der Ausbildungsvergütung noch ihre Familien unterstützen. Förderungen gibt es nur unter

Kampf gegen steigende Mensapreise

In Barsbüttel kämpfen die SchülerInnen gegen steigende Preise und für ihre Rechte

Seit mehreren Jahren steigen die Preise für ein Mittagessen in unserer Schul-Mensa konstant. Als nun bekannt wurde, dass zu Beginn des neuen Jahres eine weitere Preiserhöhung in Kraft treten sollte, beschlossen wir, uns zu wehren. Diese Preiserhöhung von dreißig Cent ist die bisher höchste. Dreißig Cent mögen im ersten Moment nicht viel sein, jedoch kommt eine ganze Menge Geld zusammen, wenn man das Essen für mehrere Kinder bezahlen muss. Zudem gibt es hier in Barsbüttel keine Alternative, was gerade dann ein Problem darstellt, wenn man länger in der Schule bleiben muss. Zwar gibt es im näheren Umfeld der Schule mehrere Supermärkte, jedoch ist es uns SchülerInnen in der Schulzeit untersagt, diese zu besuchen. Da die Zeit drängte, wir aber trotzdem eine handfeste Aktion, die Aufmerksamkeit erregt, auf die Beine stellen wollten, entschieden wir uns für eine Unterschriftensammlung. Innerhalb von vier Tagen sammel-

ten wir letztendlich über 320 Unterschriften. Interessant war, dass unsere Aktion viel Unterstützung erfuhr, was bedeutet, dass es schon seit längerem größeres Unbehagen innerhalb der Schülerschaft gab. Die gesammelten Unterschriften übergaben wir dann dem Vorstand unseres Mensaverains mit dem Appell, die Gemeinde um höhere Zuschüsse zu bitten.

Die faule Ausrede vom „fehlenden Geld“

Die Antwort, die wir circa einen Monat später erhielten, erklärte uns nur die Umstände, welche zu der Preiserhöhung geführt haben, aber nicht warum es nicht möglich sein soll, die Zuschüsse, welche der Mensaverain von der Gemeinde erhält, zu erhöhen. Äußerst erschreckend war der Versuch des Vorstandes, die Schuld für die Preiserhöhung auf die Gewerkschaften zu schieben. Diese haben vor nicht allzu langer Zeit eine höhere Bezahlung für Angestellte im Bereich Gastronomie erwirken können. Natürlich sind gerade die Angestellten der Mensa am wenigsten verantwortlich und es ist eine Frechheit so etwas zu behaupten. Generell sollte es kein Problem für unsere Gemeinde darstellen, dem Mensaverain mehr Geld zur Verfügung zu stellen, welcher laut eigener Aussage gemeinnützig sein

will. In Barsbüttel wird zurzeit das Rathaus für satte 9,8 Millionen Euro saniert. An Geld scheint es also nicht zu mangeln. Trotzdem wird unser Vorschlag abgelehnt und die Preiserhöhung, die am ersten Januar dieses Jahres in Kraft trat, bleibt bestehen. Scheinbar sind die Stimmen von über 320 SchülerInnen, verglichen mit den Interessen der lokalen Politik und Wirtschaft, nichts wert. Um trotzdem die Dringlichkeit und Bedeutung dieses Themas aufrecht zu erhalten beschlossen wir, die erste Folge unseres Podcasts „Stadt, Land - Sozialismus“ dieser Thematik zu widmen. Es ist wichtig, sich als SchülerInnen und StudentInnen zu organisieren und geschlossen seine Interessen und Rechte zu verteidigen. Wir werden weiterhin an unserer Schule für bessere Verhältnisse kämpfen!

Lasse, Barsbüttel

Mehr über den Kampf gegen die Mensapreise erzählen die Genossen in ihrem Podcast „Stadt, Land, Sozialismus“. Du kannst ihn online hören auf soundcloud.com/stadt-land-sozialismus/1-die-verdammt-men-mensapreise

„ES IST WICHTIG, SICH ALS SCHÜLERINNEN UND STUDENTINNEN ZU ORGANISIEREN UND GESCHLOSSEN SEINE INTERESSEN UND RECHTE ZU VERTEIDIGEN.“

ZWISCHEN SCHÜSSEN UND AUSSCHUSS

2019 allein sind ca. 155 Millionen Euro vom Bundesministerium für Verteidigung in Beraterfirmen geflossen. Als wäre die ganze Sache nicht schon undurchsichtig genug, wurde von der Leyens Handyspeicher auch noch gelöscht. Auch wenig überraschend: Vom Untersuchungsausschuss kam die gleiche Litanei wie seit einem Jahr. Es habe wohl Fehler gegeben, aber Schuld sei niemand. Dass die hier demonstrierte Vetterwirtschaft keine Ausnahmerecheinung ist, wird ebenfalls gern vergessen. Korruption ist kein Systemfehler, sondern eine logische Konsequenz dieses Systems.

SARRAZIN UND DER PARTEIAUSSCH(L)USS

Der rassistische Autor und ehemalige Finanzsenator Berlins Thilo Sarrazin soll jetzt doch endlich aus der SPD ausgeschlossen werden. Das ist zwar schön, aber dennoch sollte man dran denken, dass dieses Ausschlussverfahren jetzt seit fast 11 Jahren immer wieder gestartet werden musste und dass die Bemühungen um den Ausschluss von Sarrazin erst 2009 begannen - immerhin 35 Jahre, nachdem er seine zutiefst rassistische Doktorarbeit, unter anderem zur Sklaverei in den USA, veröffentlicht hatte. Übrigens arbeitete er damals bei der Friedrich-Ebert-Stiftung und die veröffentlichte auch diese „Dissertation“. So oder so wird Sarrazin sicher weder der erste, noch der letzte Rassist in der SPD sein.



DER BREXIT UND DIE AUTOZULIEFERER

In den letzten Monaten hörte die moralische Verurteilung des Brexits gar nicht mehr auf. Es gehörte zum guten Ton, sich zu empören und nun noch fanatischer zur EU zu stehen. Was dabei ein wenig untergeht: Hinter der Entrüstung vorm Brexit stehen knallharte Profitinteressen. Schließlich war Großbritannien die zweitgrößte Volkswirtschaft der Union und somit auch ein wichtiger Abnehmer, gerade im Bereich der Autozulieferer. Die deutschen Zulieferer müssten laut einigen Ökonomen rund 4% Gewinneinbußen erwarten. Da wundert es auch nicht mehr, dass auf einmal so viele Unternehmer und Politiker solche EU-Patrioten sind.

RASSISTISCHER ARBEITSMARKT

Als sich zuletzt ein Mann mit arabischem Nachnamen in Berlin um ein Praktikum bewarb, bekam er eine Antwort-Mail, in der nur: „Bitte keine Araber“ stand. Das ist aber kein Einzelfall: Laut einer Studie des SVR sinkt die Chance, auf ein Vorstellungsgespräch eingeladen zu werden, wenn man einen türkischen Nachnamen hat, um zwischen 14 und 24%. Trägt man beispielsweise ein Kopftuch sind die Chancen noch deutlich schlechter. Kein Wunder, da viele Vorurteile noch heute gerne vorgeschoben werden, um die ArbeiterInnen zu spalten und zu selektieren.

„WÜTENDE KADER“ UND CORONA

Leidenschaftlich demonstrierten die deutschen Medien in den letzten Wochen, wie man aus einer Krankheit wie dem Corona-Virus antikommunistische Propaganda basteln kann. Eine gute Nachricht gibt es zumindest: „Ganz gleich, ob Viren wüten oder kommunistische Kader: Ihr Recht, sich zu verlieben, lassen sich die Menschen nicht nehmen.“, so die FAZ. Dennoch kann man sich in Deutschland nicht entscheiden: Macht die chinesische Regierung zu viel oder zu wenig, um das Virus zu bekämpfen? Ist der Bau eines Krankenhauses eine Propagandaaktion? Sind nicht alle Chinesen potentiell gefährlich? So sind sie die deutschen Medien, ob öffentlich oder privat - sie sind sich nie zu schade, auch bei Berichten über Krankheiten Rassismus und Hetze zu schüren.

ANZEIGE

ANZEIGE

www.marxistische-blaetter.de

Lenin 150

Staat, Nation und Internationalisierung

Mit Beiträgen von W.I. Lenin, Beate Landefeld, Holger Wendt, Hannes Fellner, Herbert Münchow, Alfred Kosing
Weitere Themen u.a.: EU-Nationalismus (O. Rosner), EU zum Zweiten Weltkrieg (M. Botenga, MdEP), »Unrechtsstaat« (V. Schöneburg), Nordsyrien (K. Wagener), Öko-Krise (H.-P. Brenner), Klimakiller Krieg (W. Listl), Bolivien (V. Prashad), Gewerkschaftstage ver.di und IG Metall (F. Deppe, N. Heckl, A. Rieger), Zur Strategiedebatte der Linken (E. Brombacher, E. Felfe), Rechtsentwicklung (U.Sander) u.v.m.



Einzelpreis 9,50 €
 Jahresabo 48,00 €
 ermäßigtes Abo 32,00 €

Neue Impulse Verlag
 Hoffnungstraße 18
 45127 Essen
 Tel. 0201 | 23 67 57

Karl Liebknecht Schule

16./17. Mai 2020 Betrieb und Gewerkschaft

Das Seminar richtet sich an aktive Genossinnen und Genossen in Betrieb und Gewerkschaft. Kerninhalt wird die Handlungshilfe der BuG-Kommission des Parteivorstands sein.

Referenten: Olaf Harms

21. - 24. Mai 2020 Grundlagen kommunistischer Politik

Geeignet nicht nur für neue Mitglieder. Das Seminar bietet einen (Wieder-)Einstieg in marxistische Philosophie, politische Ökonomie und wissenschaftlichen Sozialismus. Wir arbeiten in kleinen Gruppen, trauen uns an Klassikertexte heran und erarbeiten uns Schritt für Schritt marxistisches Grundwissen.

Referenten: Richard Höhmann, Uli Macher

24./25. Oktober 2020 Ran an die Arbeiterklasse

Das Seminar will die Schere zwischen Theorie und Praxis schließen. Erfahrungsaustausch über betriebliche und gewerkschaftliche Praxis: Rolle der Betriebsratsarbeit und unser Verständnis der Vertrauensleutearbeit; Stärken und Schwächen dieser beiden Arbeitsschwerpunkte.

Referenten: Ingrid und Jürgen Bäumler

Ankündigungen und Termine und mehr Infos unter www.karl-liebknecht-schule.org und in der nächsten POSITION.



Karl-Liebknecht-Schule der DKP
 Am Stadtpark 68, 51373 Leverkusen

Bitte rechtzeitig anmelden. Für SDAJ-Mitglieder 20% Vergünstigung.



WORKING whistleblowers

Alltag an unseren Arbeitsplätzen
und Aktuelles aus den Gewerkschaften

Minusstunden in der Berufsschule

Fabi (28) arbeitet in einem Fünf-Sterne-Hotel in Hamburg

Dass Ausbildungen im Hotel- und Gaststättenbusiness zu den besonders prekären gehören, ist inzwischen jedem bekannt. Doch in Hamburg hat sich der Arbeitgeberverband DEHOGA (Deutscher Hotellerie und Gaststätten Verband) eine Möglichkeit überlegt um die Azubis noch effektiver auszubeuten. Vor einigen Jahren wurde nach Gesprächen zwischen der Berufsschule und dem DEHOGA beschlossen, die Berufs-

schulblöcke von 5 auf 7 Wochen zu verlängern und dafür die Zahl der täglichen Stunden von 8 auf 6 zu verringern. Bis dahin klang das ja ganz geil. Mehr Zeit zum Lernen, mehr Freizeit, weniger Zeit ausgebeutet zu werden. Deshalb waren wir als Schülervertretung damals auch für diesen Vorschlag. Doch schon im nächsten Berufsschulblock kam das böse Erwachen. Ich und einige andere Azubis fanden im Betriebsintranet Minusstunden. Und zwar 10 pro Berufsschulwoche. Heißt 70 Minusstunden pro Block, ergo 140 Minusstunden im Jahr. Auf Nachfrage, woher diese kommen, wurde uns von der Personalabteilung unseres Betriebs mitgeteilt, dass

wir durch die verringerte Schulzeit ja nun nur 30 Stunden pro Woche anstatt der im Vertrag vereinbarten 40 Stunden arbeiten würden. Unser Einwand, dass wir auch Hausaufgaben haben und für die Schule lernen müssen, wurde ignoriert, da wir das früher trotz 8 Stunden Schule ja auch mussten. Nach der Schule in den Betrieb zu fahren ist „leider“ auch keine Option, da hier die Fahrt von der Schule zum Betrieb als Arbeitszeit zählen würde – und das sieht der Chef nicht gern. Seitdem hieß es bei uns 6 Tage-Woche oder 13 Stunden-Schicht.

Arbeitsrechte für Flüchtlinge? Nicht in unserem Hotel!

Ich arbeite als Sozialarbeiterin in der stationären Jugendhilfe mit unbegleiteten minderjährigen Geflüchteten. Einer der Jugendlichen bekam nach seinem Hauptschulabschluss eine Ausbildung in einem Hotel in Frankfurt. Dort wurde er nach vier Monaten entlassen. Begründung: Er habe sich nicht ordentlich Krank gemeldet. Die Chefin des Hotels rief uns an und teilte mit, dass der Jugendliche unzuverlässig sei und alle anderen Mitarbeiter_innen deshalb sauer auf ihn seien und sie ihn kündigen mussten. Wenig Später rief uns jedoch

der Ausbilder und Betriebsratsvorsitzender des Jugendlichen an. Er teilte mit, dass der Jugendliche gute Arbeit leiste und im Team geschätzt werde. Er informierte uns, dass die Kündigung hinfällig sei, weil der gerade neu gewählte Betriebsrat gar nicht dazu angehört wurde. Außerdem beträgt die Probezeit des Jugendlichen drei Monate und bisher habe es keine Abmahnungen gegeben. Der Betriebsratsvorsitzende wurde wenig später entlassen und bekam Hausverbot im Hotel. Für den Jugendlichen haben wir eine Klage gegen die Kündigung über den DGB Rechtsschutz eingereicht. Daraufhin wurde er mehrfach von der Geschäftsführung des Hotels angerufen. Zu-



erst sollte er unterschreiben, dass er nicht in Muttersprache über die Betriebsratswahl aufgeklärt wurde, um die Wahl als nichtig zu erklären. Als nächstes drohten sie ihm, beim Bundesamt für Migration und Flüchtlinge anzurufen, damit er abgeschoben wird, wenn er die Klage nicht fallen lässt. Mir-Anhängen von Schwarzarbeit.“

Sophie, Frankfurt



Du hast ähnlichen Scheiß erlebt? Meld dich bei uns oder deiner SDAJ-Gruppe vor Ort!

„Never ending hotel.“ by pedro.serapio is licensed under CC BY 2.0

„dsc_2495.jpg“ by mich_bsd is licensed under CC BY-NC-SA 2.0



Die SPD und das Kapital

Sigmar Gabriel als neues Aufsichtsratsmitglied bei der Deutschen Bank

Sigmar Gabriel ist wirklich vielseitig. Neun Jahre lang arbeitete er im Kabinett von Angela Merkel mit, vom Umweltminister zum Wirtschaftsminister und zuletzt als Außenminister. Dabei glänzte er vor allem mit steigenden Rüstungsexporten und den Verhandlungen zu TTIP und CETA. Seit Juni 2019 ist er Vorsitzender der Atlantikbrücke, einem Verein mit dem Ziel eine wirtschafts- und militärpolitische Brücke zwischen den USA und Deutschland zu schlagen. Der Vorstand des Vereins reicht von Vorstandsmitgliedern großer Banken über Geschäftsführer von Konzernen, Politikern und auch der ehemalige Chefredakteur der Bildzeitung, Kai Dieckmann, konnte sich einen Platz ergattern.

Verwunderung? Heuchelei!

Am 24.01.2020 wurde der ehemalige SPD-Parteichef für ein Mandat im Aufsichtsrat der Deutschen Bank nominiert. Die Medien reagierten empört bis positiv begeistert. Focus und Bild warfen Gabriel vor, sich für die Chance auf ein sechsstelliges

Gehalt kaufen zu lassen, während die Deutsche Bank bis 2022 18.000 Vollzeitstellen streicht. Verwundernd oder überraschend ist die Zusammenarbeit der SPD mit Wirtschafts- und Finanzunternehmen jedoch mit Sicherheit nicht.

Als Anfang 2002 unter der Rot-Grünen Bundesregierung das deutsche Sozialsystem und der Arbeitsmarkt reformiert werden sollte, holte man sich den deutschen Manager Peter Harz aus dem Vorstand von VW für die Leitung der so genannten Hartz-Kommission. Wer könnte besser wissen, wie der Arbeitsmarkt im Interesse der Konzerne flexibilisiert und ausgestaltet werden sollte als die Unternehmer selbst, die von Leiharbeit und dem Niedriglohnsektor profitieren? Schröder selbst winkte nach seiner politischen Karriere kein Leben unter Hartz-IV, er wurde vielmehr Aufsichtsratsvorsitzender der NordStream AG, die zu 51 Prozent dem russischen Unternehmen Gazprom gehört und deren Bau von Bundeskanzler Schröder besiegelt wurde. Doch nicht nur die Agenda 2010 zeigt

die enge Zusammenarbeit der SPD mit dem Kapital. Schröder ließ sich 1998 seinen Wahlkampf von dem Unternehmer Carsten Maschmeyer großzügig unterstützen und half dann Maschmeyers Unternehmen AWD beim Verkauf riskanter Finanzpakete, die zahlreiche Menschen in den finanziellen Ruin trieben.

Bedauerliche Einzelfälle? Nein!

Diese Beispiele sind keine Einzelfälle von „habgierigen“ Sozialdemokraten. Die Sozialdemokratie erfüllt im Kapitalismus die Funktion der „linken“ Reformalternative, sie soll den Menschen die Illusion eines reformierbaren und menschlichen Kapitalismus mit positiven Perspektiven geben und damit auch mögliche Proteste entschärfen. Das Vertrauen der Arbeiterklasse in die Sozialdemokratie ermöglicht es, eine Verschlechterung der Lage der Arbeiterklasse als unabweichlich darzustellen. Sie funktioniert als Stütze der bestehenden Verhältnisse.

Sophie, Frankfurt

Kommunalpolitiker gegen Friedenskonferenz

Bestellter Eklat um die Proteste gegen die „Münchner Sicherheitskonferenz“

Seit 2003 findet die „Münchner Friedenskonferenz“ als Gegen- und Alternativveranstaltung zur NATO-Kriegskonferenz statt. Auch dieses Jahr war der Austausch im Alten Rathaus geplant, doch vor drei Wochen kam es dann zur überraschenden Absage durch die Veranstalter. Organisiert wird die Konferenz von einem Trägerkreis, dem u.a. die Friedens- und Kriegsdienstgegner-Organisation DFG-VK, der internationale Versöhnungsbund, Pax Christi und die Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit sowie bis eben noch der Kreisjugendring angehörten. Darum, dass sich dieser Trägerkreis nun selber für die Absage ihrer Veranstaltung entschieden hat, hat sich der Münchener Stadtrat Offmann verdient gemacht.

Als CSU-Stadtrat aktiv gegen FriedensaktivistInnen

Marian Offmann ist seit wenigen Wochen Mitglied der SPD. In den Stadtrat gewählt wurde der Hausverwalter vor achtzehn Jahren auf der Liste der reaktionären CSU. Für den Münchner Bezirksverband der Bayerischen Regierungspartei war er als Pressesprecher aktiv und mehrere Legislaturen ein bekanntes Gesicht der Münchner CSU.

Offmann steckte seine Kraft als Stadtrat unter anderem in jahrelange Öffentlichkeitsarbeit gegen das Münchner Eine-Welt-Haus. Diese internationalistische und interkulturelle Einrichtung bietet Veranstaltungs- und Seminarräume sowie eine Gastwirtschaft. Sie wird von vielen linken Gruppierungen genutzt und ist auch der Treffpunkt der Siko-GegnerInnen in München. Das war dem Stadtrat schon 2012 zu bunt, als er im Stadtrat eine Anfrage gegen eine Ausstellung vom Anti-Siko-Bündnis und dem ISW gestellt hat. Denn die Ausstellung hat sich in den Räumen des Eine-Welt-Hauses kritisch mit der NATO auseinandergesetzt. Das sei zwar „angesichts unserer demokratischen Grundrechte nicht untersagt“, heißt es in der Anfrage, doch: „Das in der Programmankündigung abgebildete verfremdete NATO-Logo mit Totenkopf und Raketenabschuss ist unsäglich“. Die Stadtrats-Anfrage endet mit den Fragen „Folgen Sie unserer Vorstellung, dass mit dem geschilderten Tenor die Ausstellung im EineWelt-Haus nicht stattfinden kann?“ und „Welche weitere Konsequenzen wird der Oberbürgermeister aus diesem Vorfall ziehen?“.

Ebenjener Stadtrat fand dann später in der Grünen-Fraktion Mitstreiter

für seinen Kampf gegen das Eine-Welt-Haus. Diesmal war der Vorwurf, dass das Haus Antisemiten Platz biete. Nicht das erste Mal, dass mit diesem schwerwiegenden Vorwurf leichtfertig umgegangen wird, denn gemeint waren vielmehr Friedensaktivisten, die die israelische Regierungspolitik kritisieren. Der Versuch, dem Eine-Welt-Haus die Unterstützung zu entziehen, war vorerst gescheitert, da setzte sich Offmann für einen Stadtratsbeschluss gegen die palästina-solidarische BDS-Kampagne ein. BDS richte sich gegen den Staat Israel, sei damit antisemitisch und darf in städtischen Räumen keine Erwähnung mehr finden, entschied der Stadtrat.

Grußwort eines Kriegstreibers?

Da der Stadtrat im selben Atemzug beschlossen hatte, dass auch über entsprechenden Stadtratsbeschluss nicht in öffentlichen Räumen diskutiert werden dürfe, sah unter anderem die Humanistische Union (HU) die Meinungsfreiheit in der Landeshauptstadt in Gefahr. Denn die Praxis des Beschlusses zeigt: Veranstaltungen mit Sommerfeld oder Zuckermann sollen in München verunmöglicht werden. Zu einer von der HU organisierten Diskussionsveranstaltung war auch Offmann eingeladen, um

„BEVOR DER TRÄGERKREIS DER FRIEDENSKONFERENZ NACHFRAGEN KONNTE, WARUM SIE EINEN SO POLARISIERENDEN LANGJÄHRIGEN CSU-POLITIKER AKZEPTIEREN SOLLTEN, SETZTE OFFMANN DIE ERZÄHLUNG IN DIE WELT, ER SEI AUSGELADEN WORDEN, WEIL ER JUDE IST.“

seine Sicht der Dinge darzustellen zu können. Doch er verweigerte jeglichen Dialog. So hält er es auch dieses Mal, beim Eklat um die Münchner Friedenskonferenz. Was war passiert? Oberbürgermeister Reiter von der SPD wollte Offmann als Überbringer des Städtischen Grußworts auf die Friedenskonferenz schicken. Offmann ist nämlich neuerdings Parteigänger von SPD-Reiter, nachdem er vor wenigen Monaten von seiner CSU keinen aussichtsreichen Listenplatz mehr versprochen bekam. Den bekam er nun von der SPD zwar auch nicht, dafür aber das Grußwort bei denen, mit denen er sonst kein Wort wechseln will.

Als deren Trägerkreis nun vorsichtig bei der Stadt vorfühlte, ob man sich auf einen anderen Redner einigen könne, um die BDS-Kontroverse aus der Konferenz zu halten, da ging Offmann schon an die Presse. Bevor der Trägerkreis der Friedenskonferenz nachfragen konnte, warum sie einen so polarisierenden langjährigen CSU-Politiker akzeptieren sollten, setzte Offmann die Erzählung in die Welt, er sei eingeladen worden, weil er Jude ist. Die Argumentation dahinter präsentiert er selber in einem Gastbeitrag in der „Jüdischen Allgemeinen“. Dort schreibt er über die Ausladung durch Tommi Rödel zwar „Gemeint hat er sicherlich meine ablehnende Haltung zu BDS“, um daraus dann ein antisemitisches Motiv zu unterstellen: „Andere Stadtratskollegen, die meine Haltung zu BDS teilen, wurden in den vergangenen Jahren nicht eingeladen. Warum dann ich?“. Die Antwort dürfte in seiner exponierten Rolle als

eine der treibenden Persönlichkeiten hinter dem Diskussionsverbot zu finden sein.



Kommunistischer Block auf der Demonstration gegen die Sicherheitskonferenz

Oberbürgermeister stellt sich hinter Offmann

Doch die Lokalpresse ignoriert diese Hintergründe und auch OB Reiter verbreitet diese Erzählung. So schreibt er in einem Brief an den Trägerkreis der Friedenskonferenz: „Sie weisen den Vorwurf des Antisemitismus ‚in jeder Form zurück‘. Allerdings vermisse ich in ihrem Schreiben eine Erklärung, dass die Ablehnung von Herrn Stadtrat Offmann als Überbringer des städtischen Grußworts

zurückgenommen wird – unabhängig davon, ob Herr Offmann dieses Angebot nun noch wahrnehmen würde.“. Antisemitismus misst sich nun wohl an der Loyalität gegenüber der Stadtregierung. Das Ziel der Lokalposse brachte die Münchner Abendzeitung schnell auf den Punkt: „Nach der Absage an Marian Offmann, als Vertreter der Stadt bei der Friedenskonferenz ein Grußwort zu sprechen, wird über das Bündnis der Siko-Gegner diskutiert“. Offmann

ist kurz vor seinem zu erwartenden Ausscheiden aus dem Stadtrat Mitte März diesen Jahres noch ein hoffentlich letzter Coup gelungen: Nachdem der Trägerkreis dem öffentlichen Druck und den heftigen Vorwürfen nicht mehr standhalten konnte, wurde die Friedenskonferenz abgesagt. Anstatt über die sogenannte Münchner Sicherheitskonferenz wird nun über ihre Gegner diskutiert.

Mark, München



„NATO Secretary General, visits Estonia“ by NATO is licensed under CC BY-NC-ND 2.0

Defender 2020 - Warum wir dagegen sind!

1. Was ist geplant?

Wer in letzter Zeit auf einer größeren Demonstration linker Parteien und Organisationen war, sah mit Sicherheit Banner und Plakate mit der Aufschrift „Defender 2020 stoppen“ oder hörte eine Rede darüber. Aber was ist mit Defender 2020 gemeint? Welche Bedeutung hat Defender 2020 für uns als arbeitende und lernende Jugend? Defender 2020 ist das größte Manöver westlicher Streitkräfte seit über 25 Jahren. Dienen soll es als Kriegssübung gegenüber Russland. Offiziell soll während des Manövers die Mobilmachung von 37.000 Soldaten der NATO-Staaten und die dazugehörige Infrastruktur getestet werden. Wie immer soll gegen einen „fiktiven“ Feind im Osten aufmarschiert werden. Das dieser Feind „fiktiv“ ist glauben selbst die bürgerlichen Medien nicht mehr, so titelte die Rhein-Zeitung zuletzt „US-Militärübung soll Russen abschrecken“. Das Feindbild dieser Kriegssübung ist klar Russland. Dreh- und Angelpunkt, um den sich die ganze Logistik ist Deutschland, denn hier kommen die meiste Kriegsmaschi-

nerie und die meisten SoldatInnen anderer Teilnehmerstaaten an. So sollen insgesamt über 20.000 US-SoldatInnen innerhalb dieser Kriegssübung aus den Vereinigten Staaten über den Atlantik, dann durch Deutschland und Polen bis in die baltischen Staaten transportiert werden. Und dies ist nicht in weiter Ferne. So sind schon am Hamburger Flughafen die ersten Maschinen mit hunderten SoldatInnen der US-Streitkräfte gelandet und

„DAS MANÖVER DIENST DER
KRIEGSVORBEREITUNG UND
PROVOKATION“

in Bremerhaven ist das erste Schiff aus dem US-Bundesstaat Georgia mit schwerem Kriegsgerät gelandet. Es stehen nun am Kaiserhafen in Bremerhaven Reihen von Abrams-Panzern, Tanklastwägen, Kettenraupen, Humvees (schwer gepanzerte und bewaffnete Fahrzeuge der US-Streitkräfte) und vieles mehr. Und dies ist erst der Anfang- auf dieses

eine Schiff sollen allein in Bremerhaven drei weitere Containerschiffe folgen. Wichtige weitere Drehkreuze finden sich überall in Deutschland. So soll nicht nur das Streckennetz der Deutschen Bahn mitgenutzt werden, welche auch maßgeblich an der Logistik beteiligt ist, sondern auch der Binnenschiff- und Luftverkehr. So stehen der NATO Häfen wie in Bremerhaven oder auch tief im Landesinneren, zum Beispiel in Mannheim, oder Flughäfen wie Hamburg und Frankfurt frei zur Verfügung.

2. Warum sind wir dagegen?

Nicht nur, dass Defender 2020 eine riesige Geldverschwendung ist- Geld was hier für diese unnötige Machtdemonstration ausgegeben wird könnte anderweitig viel klüger und besser investiert werden. Schätzungen aus Bundeswehrkreisen liegen unter „Erfahrungswerten“ vergangener Manöver bei ungefähr 2,5 Millionen Euro Kosten für die Bundesrepublik. Wobei die ganze Gruppenverlegung, Kosten für die Bereitstellung der Infrastruktur, Unterbringung und Verpflegung der SoldatInnen nicht mit eingerech-



net sind. Was das Ganze letztendlich Kosten wird, wird diese Schätzung wahrscheinlich um ein Vielfaches übertreffen. Während Schulen vermöden und Rentner Flaschen sammeln müssen, während Niedriglohn und schlechte Infrastruktur in Deutschland herrschen, werden Unsummen in die Bewaffnung des deutschen Imperialismus gesteckt! Es ist auch eine Kriegssübung, in der fast 40.000 SoldatInnen und schwerste Kriegsmaschinerie innerhalb kürzester Zeit an die russische Grenze verfrachtet werden. Dies birgt unter anderem die Gefahr einer unberechenbaren Eskalation, welche in einem Krieg münden könnte. So gab es schon vor knapp zwei Jahren bei der NATO-Kriegssübung Trident Juncture 2018 Zwischenfälle, die zu einer weiteren Eskalation hätten führen können. Deshalb steht Defender 2020 unserem Interesse an einer friedlichen Welt entgegen und muss gestoppt werden.

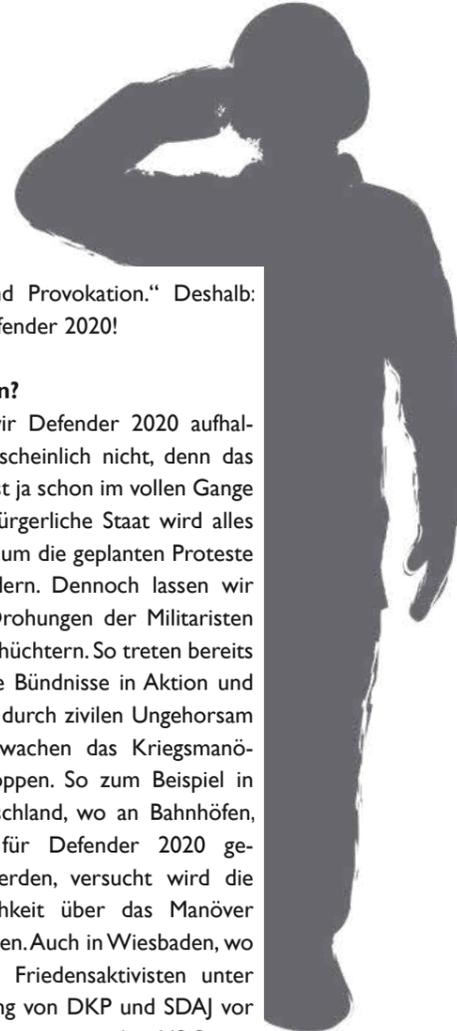
Auch für die Umwelt steht es mit dem Manöver nicht gut. Für das Klima ist diese Übung eine reinste Katastrophe. 20.000 US-SoldatInnen, die hierfür extra über den Atlantik geflogen wer-



den und die ganze Kriegsmaschinerie, die auch darüber verschifft werden müssen sind nur ein Teil des Ausmaßes. So verbraucht ein vierstündiger Flug eines Tornado-Kampflugzeuges um die 20.000 Liter Kerosin, was der CO2-Menge eines Kfz-Pendlers entspricht, welche er in seinem ganzen Berufsleben ausstößt. Oder etwa die Nutzung eines Leopard-2-Panzers, welcher einen durchschnittlichen Verbrauch von satten 420 Litern auf 100 Km durchschnittlich erzielt. Auch die anderen 16 Staaten müssen ihre SoldatInnen und Waffen befördern. Alles, was in Panzer, Flugzeuge und anderes Kriegsspielzeug investiert wird, fehlt

„DER KAMPF FÜR DEN FRIEDEN IST
EINER DER ENTSCHEIDENDSTEN
KÄMPFE UNSERER ZEIT!“

beim Umweltschutz. Krieg und Militarismus sind weltweit mit die größten Umweltzerstörer. Zudem findet das Manöver während des 75. Jahrestages der Befreiung vom Hitlerfaschismus statt. Ein geschichtlicher Affront gegenüber Russland, wie es Patrik Köbele, Vorsitzender der DKP ausdrückt: „Teil dieser Strategie [der Einkreisung Russlands; Anm.d.Red.] ist auch das US/NATO-Manöver „Defender 2020“. Pünktlich zum 75. Jahrestags des Siegs über den deutschen Faschismus sollen 37.000 US und NATO-Soldaten durch Europa transportiert werden, um an der russischen Grenze aufzumarschieren. Das Manöver dient der Kriegsvorbe-



ereitung und Provokation.“ Deshalb: Stoppt Defender 2020!

3. Was tun?

Können wir Defender 2020 aufhalten? Wahrscheinlich nicht, denn das Manöver ist ja schon im vollen Gange und der bürgerliche Staat wird alles versuchen um die geplanten Proteste zu verhindern. Dennoch lassen wir uns von Drohungen der Militaristen nicht einschüchtern. So treten bereits jetzt lokale Bündnisse in Aktion und versuchen durch zivilen Ungehorsam und Mahnwachen das Kriegsmanöver zu stoppen. So zum Beispiel in Norddeutschland, wo an Bahnhöfen, welche für Defender 2020 genutzt werden, versucht wird die Öffentlichkeit über das Manöver aufzuklären. Auch in Wiesbaden, wo ansässige Friedensaktivisten unter Beteiligung von DKP und SDAJ vor dem Hauptquartier der US-Streitkräfte protestierten, formiert sich Widerstand. Das zeigt: Wir können Sand ins Getriebe von Defender 2020 und der imperialistischen Kriegsmaschinerie werfen! Der Kampf für den Frieden ist einer der entscheidendsten Kämpfe unserer Zeit. Wir müssen uns die Losung „Defender 2020 stoppen! Kein Krieg mit Russland!“ auf die Fahnen schreiben und sie bei anstehenden Aktionen der Friedensbewegung hineinragen. Ob bei den Ostermärschen, in Büchel oder bei lokalen Aktionen: Defender 2020 muss aufgehoben werden!

Peter, Mainz

SDAJ in Aktion

Auch in diesem Jahr haben wir wieder auf der Rosa-Luxemburg-Konferenz zusammen mit vielen fortschrittlichen Kräften darüber diskutiert, wie wir den Kapitalismus bekämpfen können.



LLL

Am 14. und 15. März fand unser 24. Bundeskongress statt. Neben vielen Debatten über unsere politischen Schwerpunkte, wurde auch ein neuer Bundesvorstand gewählt.



BUNDESKONGRESS

ANZEIGE

Zeitung gegen Dummheit, Lüge und Hass

* kostenlos, unverbindlich, muss nicht abbestellt werden

Jetzt bestellen unter jungwelt.de/probeabo

3 Wochen gratis*

Heute mit 8 Seiten extra Beilage »Kapital«

DIE TAGESZEITUNG
junge Welt

GEGRÜNDET 1947 MITTWOCH 18. DEZEMBER 2016 NR. 204 • 1,80 EURO (DRG), 2,00 EURO (AT), 2,50 CHF (CH) • PVST A11002 • ENTGELT BEZAHLT • WWW.UNSEREZEIT.DE

Mehr Agenten
Sondergut: Wie Bundeskriminalamt und Verfassungsschutz zum »Kampf gegen rechts« aufziehen

Radikaler Schritt
Boeing stellt die Produktion des Unglücksflugers »737 Max 8« an. Airbus ist Profiteur der Krise

Neuer Aufbruch
Lindos: Populär vor 50 Jahren eingewandert: Chinesen kämpfen heute wieder für Gerechtigkeit

Offene Passwörter
»Sicherheitsbehörden« wollen Zugriff auf fertige Datenmengen. Seine Kommentar Seite 8

Hundert Migrant*innen erreichen Griechenland
Ausschiffung: Griechenland kommt heute wieder Flüchtlinge an die Küste. In der Ägäis sterben die Flüchtlinge an Hunger und Kälte. Die Bundesregierung: Keine Hilfe für die Flüchtlinge. Die Bundesregierung: Keine Hilfe für die Flüchtlinge. Die Bundesregierung: Keine Hilfe für die Flüchtlinge.

Präsident ohne Volk
Protest gegen »Rentenreform« könnte Elysée-Palast fegen. Hunderttausende auf der Straße. Von Hansgeorg Hermann



NEUMARKT



In Neumarkt haben wir zusammen mit anderen Linken eine Kundgebung gegen die US-Aggression im Iran organisiert.



MÜNCHEN

Auf den Gegenprotesten der Münchner Sicherheitskonferenz haben wir gemeinsam mit anderen kommunistischen Kräften für eine friedvolle Welt gestritten.

ANZEIGE

»Zu sagen was ist, bleibt die revolutionärste Tat.«
Rosa Luxemburg



unsere zeit
Sozialistische Wochenzeitung – Zeitung der DKP
www.unsere-zeit.de / www.uzshop.de

JETZT 6 WOCHEN PROBELESEN!
Das Abo ist gratis und endet automatisch
E-Mail: info@unsere-zeit.de
Tel.: 0201 - 177889-23 Fax: -28



Ein guter Deal für's Kapital

Was es mit den „Green Deal“-Plänen der EU-Kommission auf sich hat

Es sind großspurige Worte, welche das Vorantreiben eines „Green Deals“ durch die EU-Kommission seit letztem Dezember begleiten. Es sei der „Mann auf dem Mond-Moment“ für EU-Europa. Bis 2050 solle der Kontinent – also scheinbar auch jene nicht zur EU gehörenden Länder – zum ersten klimaneutralen der Welt werden, knackiges Motto ist „Emissionen senken, Arbeitsplätze schaffen, unsere Lebensqualität verbessern“. Doch was steckt hinter diesen wohnigen Worten?

Entlastung der Banken und Konzerne

Kern des Deals sollen zunächst jährliche Investitionen in Höhe von ca. 100 Mrd., teilweise ist auch die Rede von 260 Mrd. Euro, bis 2030 sein. Selbstverständlich wird hierbei auf die Investitionsfreudigkeit des EU-Kapitals gebaut, aber auch kein Hehl daraus gemacht, dass am Ende wohl ein paar hundert Milliarden von den SteuerzahlerInnen locker gemacht werden müssten, schließlich muss das scheue Kapital ja erst zum Investieren ermutigt werden. Bedenkt man, dass der

Großteil des Geldes zum Umrüsten der Industrie und der Abfederung der erwarteten massiven Jobverluste aufgewendet werden soll, fällt auf, dass es letztlich darum geht, jene Banken und Konzerne, die sich Jahrzehnte unter Nutzung fossiler Energie dumm und dämlich verdient haben, nun aus der Verantwortung zu nehmen. Anstatt dass sie nun auch konsequenterweise für den Umbau hin zu einer weniger CO₂-intensiven Wirtschaft bezahlen, soll dies nach von der Leyens Plänen die arbeitende Bevölkerung in der EU machen und für private Investitionen sogar noch garantieren.

Und da dies selbstverständlich alles nicht das Wirtschaftswachstum gefährden darf, wird auch keineswegs z.B. in die Bereitstellung kostenlosen öffentlichen Nahverkehrs investiert, sondern vielmehr in die Förderung von E-Mobilität. Umweltzerstörung wird so nicht eingedämmt, sondern wenn überhaupt in ärmere Länder exportiert. Es ist geradezu paradox, wenn die EU-Kommission angesichts dessen betont, dass Länder nicht durch „Umweltdumping“ Wettbe-

werbsvorteile erlangen sollen und deshalb ein „Grenzsteuerausgleich“ vonnöten sei. Da missbraucht das europäische Kapital über Jahrzehnte kolonialistisch und neokolonialistisch den ärmeren Teil der Welt als Rohstofflieferanten und Werkbank für billige Produkte, verhindert so ihre wirtschaftliche Entwicklung und will sie jetzt auch noch dafür bezahlen lassen!

Gewinner und Verlierer

Unter sehr eigener Interpretation des Wortes „Revolution“ brachte der neoliberale Think Tank „Bruegel Institut“ den Hintergrund des von der Leyen-Plans recht präzise auf den Punkt: „Wie bei jeder Revolution wird es bei der Dekarbonisierung Gewinner und Verlierer geben.“ Der „Green Deal“ soll sicherstellen, dass das EU- und insbesondere das deutsche Kapital auch in den kommenden Jahrzehnten auf der Gewinnerseite bleibt, verlieren werden die arbeitende Bevölkerung, Entwicklungsländer und nicht zuletzt – die Umwelt.

Daniel, Trier

HAPPY Birthday

Wladimir Iljitsch Uljanow!

Themen-Schwerpunkt zum 150. Geburtstag des russischen Revolutionärs Lenin

Dieses Jahr feiern gleich zwei Revolutionäre ihren runden Geburtstag. Vor 200 Jahren erblickte Friedrich Engels, der Mitstreiter von Karl Marx, das Licht der Welt und vor 150 Jahren der Anführer der russischen Oktoberrevolution, W.I. Uljanow – Kampfname: Lenin.

Wer war Lenin? Lenin war zum Beispiel ein leidenschaftlicher Wanderer. Sein Weg zum Gipfel des Rysy, einem Berg an der Grenze zwischen Polen und der Slowakei mag vielleicht auch Einige seiner Zitate geprägt haben: „Es gibt kein anderes Mittel, den Schwankenden zu helfen, als daß man aufhört, selbst zu schwanken“.

Glücklicherweise schwankte er 1913 in 2.500 Metern Höhe nicht auf dem später nach ihm benannten „Lenin-Weg“, sonst stünden uns nicht nur viele der wichtigsten theoretischen Schriften der Arbeiterbewegung nicht zur Verfügung.

Und auch sein geliebter Kater wäre sonst wohl verwaist. Der stolze Katzenbesitzer Lenin lernte 1912 auch

Rosa Luxemburgs Katze „Mimi“ in Berlin kennen. Doch leider verstanden sich Lenins Kater und Luxemburgs „Mimi“ im Gegensatz zu ihren Besitzern nicht allzu gut.

Warum diese unpolitischen Anekdoten? Weil wir nicht nur den Namen, sondern den echten, sympathischen Wladimir Iljitsch feiern wollen. Aber nicht gottgleich oder in einem starren Bild vorgestellt – Sondern als denken-der Revolutionär, der immer in Bewegung war. Dadurch war Lenin durch und durch „nützlich“, so jedenfalls wollte Bert Brecht die Großen der Geschichte lieber bezeichnen. Und da ist was dran: Mit seiner Körpergröße von 1,65 Meter war Lenin nicht wirklich groß, nützlich jedoch schon.

Nützlich für alle, die gegen Krieg, Faschismus und die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen gekämpft haben und noch immer kämpfen für den Frieden, aber auch vor allem für die Herrschaft der Arbeiterklasse. So liefert „Was tun?“ die

wichtigsten Eckpunkte für die Organisation der revolutionären Partei, „Staat und Revolution“ ist noch heute eine aktuelle Analyse vom Charakter des Staates und beschreibt, was das Wissen über den Staat für unsere Praxis bedeutet und „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ ist nach wie vor die Grundlage für unsere Imperialismus-Theorie. Wir begreifen weder Lenins Texte, noch andere großen Schriften der Arbeiterbewegung als Dogmen. Sie leben von der stetigen Auseinandersetzung, von der Überprüfung an der Wirklichkeit und von der Weiterentwicklung, wenn veränderte Umstände es erfordern.

So sind nämlich auch Lenins Schriften entstanden, in der stetigen Auseinandersetzung mit den Theorien seiner Zeit, vor allem aber auch mit der Praxis der Arbeiterbewegung. Deshalb steht für uns 2020 unter dem Motto: Lieben, lachen, Lenin lesen!

Autonom und klassenbewusst

Lenin ging wie Marx davon aus, dass es für den Kampf um den Sozialismus eine
Kommunistische Partei braucht

Schon Marx und Engels kämpften in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts gegen Ansichten innerhalb der Arbeiterbewegung, die davon ausgingen, dass ein besseres Leben für alle mit der Zusammenarbeit zwischen den Klassen erreicht werden könnten. Dagegen gingen Marx, Engels und später auch Lenin davon aus, dass die Proletarier eine eigene, unabhängige Partei brauchen, die ihre Interessen vertritt. Kein bürgerlicher Wahlverein, sondern eine Partei, in der sich die arbeitenden Menschen selber organisieren und emanzipieren.

Kampf um Einfluss in der Bewegung

Schonungslos kritisiert Lenin sozialdemokratische Vorstellungen von einem Reform-Weg in den Sozialismus, die das Wesen der kapitalistischen Herrschaft nicht in ihrer Gesamtheit anerkennen wollten oder das politische Bewusstsein unter den Arbeitermassen romantisch verklärten und auf spontane Aufstände der Unterdrückten setzen. Denn Lenin beherrschte die Erfahrungen die schon die

die KommunistInnen an der Seite von Karl Marx machten: Dass sich „die Einsicht in den Zusammenhang... der bestehenden Verhältnisse“ nicht spontan herausbilden kann, sondern nur durch gründliches, systematisches Studium der Verhältnisse selber und durch Verbreiten dieser Erkenntnisse. Bei Lenin erfüllt die kommunistische Partei ihre Funktion also als Avantgarde für die Arbeiterklasse: „Die Partei, das ist die bewusste, fortgeschrittene Schicht der Klasse, ihre Vorhut. Die Kraft dieser Vorhut übersteigt ihre Zahl um das Zehn-, das Hundertfache und mehr... Die Bewusstheit des Vortrupps offenbart sich unter anderem darin, dass er sich zu organisieren versteht“.

Kampf gegen den Kapitalismus

Wie die Kommunistische Partei von heute aussehen soll, das müssen wir heute beantworten. Klar ist aber, dass die von Marx, Engels und Lenin aufgestellten Prinzipien sich in der Praxis bewährt haben und die Grundlage auch für künftige Auseinandersetzungen bieten. So hat die Deutsche Kom-

munistische Partei vor zwei Jahren auf ihrem Parteitag beschlossen: „Die DKP ist eine marxistisch-leninistische Partei. Ihr Ziel ist die Beseitigung der Ausbeutung von Mensch und Natur, die Beseitigung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen. Die Grundlage der Strategie der DKP ist der wissenschaftliche Sozialismus, der von Marx, Engels und Lenin begründet wurde. Er bildet die theoretische Basis unserer Analyse der Gesellschaft und der Ableitung notwendiger Handlungsstrategien. Gleichzeitig muss diese theoretische Grundlage auf die konkrete historische Situation produktiv angewandt und unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen Entwicklung weiter präzisiert bzw. vervollkommen werden. Für die Analyse des heutigen Kapitalismus und die sich daraus ergebenden strategischen Schlussfolgerungen kommt dabei der Imperialismustheorie Lenins sowie seiner Revolutionstheorie eine besondere Bedeutung zu.“

Mark, München

Eine Zeitung und die Revolution

Warum eine kommunistische Zeitung mehr als Informationen liefert

Als Lenin 1901 in der „Iskra“ sein Referat „Womit beginnen?“ veröffentlichte, war Russland noch ein technologisch rückständiges Land. Industrie gab es nur in den großen Städten, die meisten Menschen hatten keinen Zugang zu Elektrizität und besaßen keine Möglichkeit, über weite Strecken zu kommunizieren. Die großen Zeitungen standen ausschließlich unter der Kontrolle der Zaren und die Linke arbeitete vor allem mit Broschüren und Flugblättern. Was in Moskau passierte, haben Menschen in St. Petersburg oft gar nicht oder erst später erfahren, egal ob es sich dabei um schlechte Arbeitsbedingungen oder erfolgreiche Kämpfe handelte. Doch Lenin wusste, dass die Ausbeutung der Arbeiter kein lokales Problem war, sondern Kernbestandteil des Kapitalismus. Wie sollen die Arbeiter sich wehren, wenn sie glauben mit ihren Problemen alleine zu sein und von Kämpfen und Bewegungen anderer Arbeiter nichts mitbekommen? Genau deshalb brauchte es eine gesamt-russische Zeitung, die regelmäßig erscheint. In ihr sollen die Aktionen der Revolutionäre gegen den Klas-

senfeind und ihre Botschaft an das Volk zusammengefasst und ein Organ geschaffen werden, das eine „prinzipienfeste und allseitige Propaganda und Agitation“ ermöglicht.

Ein kollektiver Organisator

Dabei war Lenin jedoch wichtig, dass nicht nur die Sozialisten von den Auswüchsen und Verbrechen des Kapitalismus erzählen, sondern die Arbeiter selbst von den Zuständen in den Fabriken und ihren Auseinandersetzungen berichten. Das Konzept ging in der 1912 erschienen „Prawda“ auf. Allein in ihrem ersten Jahr wurden 11.000 „Arbeiterkorrespondenzen“ veröffentlicht, die unschätzbar wichtig für die Bildung von Klassenbewusstsein in den Reihen der Arbeiter waren.

Doch die Zeitung soll nicht nur als Werkzeug zur Agitation und Bewusstseinsbildung der Massen, sondern auch das Mittel zum Aufbau einer revolutionären Partei und „Berufsrevolutionäre“ sein. Somit erfüllt sie nicht nur die Rolle als „kollektiver Agitator und kollektiver Propagandist“, sie ist auch ein „kollektiver

Organisator.“ Lenin beschreibt die Zeitung als eine Art Gerüst, das zum Bau eines Hauses erforderlich ist. Sie zeichnet die Umrisse des Gebäudes, erleichtert den Verkehr zwischen den Arbeitern, hilft die Arbeit zu verteilen und gemeinsam die Resultate des Baus zu überblicken.

...und als Sprachrohr der Bewegung

Die Arbeit mit einer Zeitung zwingt die GenossInnen dazu, Kontakte zu Vertrauensleuten in den Betrieben und den Ortschaften aufzubauen. Durch das Besorgen von Material und das stetige Verteilen wird auch dann politisch gearbeitet, wenn gerade keine Arbeitskämpfe oder Unruhen stattfinden oder wenn Gruppen einmal nicht so groß sind. Vieles von dem, was für die russischen Sozialdemokraten galt, ist heute noch aktuell. Wir wollen mit der POSITION ein Magazin anbieten, das unserer Bewegung dabei helfen soll, stärker zu werden, Kontakte zu knüpfen, Gespräche zu führen und den Überblick zu behalten.

Domi, Neumarkt

Militarisierung und Repression

Im Dienst von Sicherheit und Freiheit? Die Auswüchse des Imperialismus auf die Innen- und Außenpolitik

Nach ‚außen‘ Imperialismus bedeutet Krieg. Nach ‚innen‘ ist es entscheidend, diese Kriege in einem umfassenden Sinne abzusichern. In Deutschland lehnen mehr als 60% der EinwohnerInnen Krieg ab – kein Wunder, schließlich ist Krieg nur im Interesse derer, die damit ihre Handelswege und Profite sichern können. Wie können die Herrschenden also trotzdem ihre Interessen durchsetzen?

Intensivierung der Kriegspropaganda

Einerseits durch Einbindung! Schon vor Jahren stellte die NATO im Rahmen einer ihrer JACCP-

Konferenzen im Rheinland fest, dass die niedrige Zustimmung zu Kriegen in Deutschland ein Problem sei. Seitdem wurde die Kriegspropaganda noch einmal ordentlich intensiviert: Die Bundeswehr auf Volksfesten, auf Jobmessen, in Schulen und Universitäten, am Marktplatz, auf YouTube und auf jedem zweiten Werbeplakat – bevorzugt in der Nähe von Schulen. Dafür werden jährlich viele Millionen Euro ausgegeben. Es gibt einen Ausbau der zivil-militärischen Zusammenarbeit. Dabei werden eigentlich zivile Organisationen, wie z.B. das Technische Hilfswerk, verpflichtet, die Bundeswehr im In- und Ausland zu unterstützen. Insgesamt geht es um eine umfassende Militarisierung der Gesellschaft, dazu gehören im weiteren Sinne: Militärforschung an öffentlichen Universitäten, öffentliche Gelöbnisse, die Einführung des Tags der Bundeswehr, militärische Großmanöver wie DEFENDER 2020 u.v.m.

Für Freiheit und Sicherheit?

Die Bundeswehr ist weltweit im Dienste der Freiheit und der Sicherheit unterwegs, so wird es uns erzählt. Was ist damit gemeint? Wenn in Deutschland 2020 von Freiheit die Rede ist, dann meint das eigentlich immer die Freiheit, Geschäfte zu machen. Sicherheit meint in diesem Zusammenhang, diese Geschäfte ungestört, also „sicher“, erledigen zu können. Wo gerade die besten Geschäfte zu machen sind, kann nicht von vornerein gesagt werden. Die erste Aufgabe der Politik ist es deshalb, international sichere Bedingungen zur Verfügung zu stellen. Das geschieht z.B. durch internationale (Freihandels-)Abkommen. Doch nicht alle wollen die Regeln des Geschäftemachens von USA und EU akzeptieren. Dann wird in der Regel versucht, diese Staaten ökonomisch oder politisch zu erpressen. Das Mittel der Wahl sind in der Regel Sanktionen, doch auch die haben nicht immer den gewünschten Effekt. Eben



dann kommt der „Krieg als bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln“ (Clausewitz) ins Spiel. Manche nennen das dann imperialistisch. Das ist ‚scho richtisch‘, aber nur die halbe Wahrheit.

Krieg dient dem Geschäftemachen

Der Krieg ist nur das letzte Kettenglied des Kapitalismus. Er ist das „letzte Mittel“, wie es auch bundesdeutsche Politiker so gerne nennen, um das, was ökonomisch für das Geschäftemachen notwendig, aber politisch nicht mehr durchsetzbar ist, dann eben militärisch zu erreichen. Wer also etwas gegen den Krieg hat, der sollte auch etwas gegen das Geschäftemachen haben. Denn das Geschäftemachen kennt nur ein Prinzip: den Profit. Dort, wo er zu haben ist, dort wird er auch gemacht, Moral kostet extra und wird so selbst zur Ware.

Auf dem Weltmarkt hat nun derjenige die beste Verhandlungsposition, der

die billigsten Waren, die besten Produkte oder die meisten Kanonen hat. So sind dann meist die ökonomisch starken auch die militärisch starken. Ökonomisch sind sie IWF und Weltbank, politisch die G7, EU und USA, militärisch die NATO.

Steigerung der Repression

Aber man belässt es nicht dabei. Parallel zur Überzeugungsarbeit und systematischer Gewöhnung der Bevölkerung an das Militärische, wird der Zwangs- und Gewaltapparat des Staates ausgebaut. Es werden demokratische Rechte der Bevölkerung abgebaut. Das passiert im Kleinen, wenn in Schulen die Entscheidungskompetenzen weg von der demokratisch gewählten Schulleitung oder ganz ins Ministerium verlagert werden und im Großen, wenn man versucht, Gewerkschaften das Streikrecht abzusprechen oder durch neue Polizeigesetze, die es ermöglichen jeden ohne konkreten Verdacht tagelang in den Knast zu

stecken und die Unschuldsvermutung nicht mehr gilt. Es werden die Repressionsorgane aufgerüstet. Mittlerweile laufen Polizisten mit Sturmgewehren herum, obwohl erwiesen ist, dass das am Ende keine Straftaten verhindert, sondern nur zu mehr Toten führt (auch bei der Polizei selbst).

Es werden Rassismus und Nationalismus geschürt, weil man sie im Zweifel als Legitimation braucht, warum man in andere Länder einfällt. Nach Anschlägen wie kürzlich in Hanau sind dann zwar alle kurz betroffen, die NSU-Akten bleiben aber unter Verschluss, Mittäter werden nicht verfolgt, der ‚Verfassungsschutz‘ fördert weiter Neonazis und Netzwerke wie Uniter bleiben unangetastet - alles Einzelfälle selbstverständlich. Und so wird sich auch nach Hanau nichts ändern, wenn wir es nicht selbst tun.

Andrea, Frankfurt
& Jan, Frankfurt

„WER ALSO ETWAS GEGEN DEN KRIEG HAT, DER SOLLTE AUCH ETWAS GEGEN DAS GESCHÄFTEMACHEN HABEN.“

Da ist doch was faul?

Der freie Markt zerstört sich selber. Lenin untersuchte die Tendenz zur Monopolbildung im Kapitalismus

Als Lenin 1916 seine Schrift „Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus“ verfasste, war die kapitalistische Welt seit einigen Jahren im Umbruch. In den europäischen Geburtsstätten des Imperialismus, beispielsweise in England zeichnete sich eine Entwicklung ab: Mehr und mehr bildeten sich große Konzerne aus der Vielzahl der Unternehmen heraus. Es handelt sich hier nicht um einen Prozess, ausgelöst von besonderem Talent einzelner Unternehmer, sondern um die Konsequenz aus dem Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung des Mehrwerts. Jene Kapitalisten, die viel Mehrwert aus den ArbeiterInnen pressen, können in der Folge auch mehr reinvestieren und haben somit im Konkurrenzkampf eine bessere Position. Die Unternehmen werden dadurch nicht nur immer größer, sondern fusionieren auch miteinander oder fressen sich gegenseitig.

Monopol als Herrschaftsform

Die Konzentration und Zentralisierung der Produktion und des Kapitals nimmt ab Ende des 19. Jahrhunderts solche Ausmaße an, dass die Monopole als die dem Imperialismus eigene Erscheinungsform der Produktionsverhältnisse entstehen. Sie dominieren immer größere Teile des Marktes,

treiben große Teile der Mittelschichten in den Ruin und heben zunehmend die „freie Konkurrenz“ auf – nur um sie auf einer höheren Stufe wieder zu etablieren (so beispielsweise auf internationaler Ebene im Kampf um Märkte und Ressourcen). Zusätzlich birgt der Imperialismus aber nicht nur die Tendenz zur Monopolbildung, sondern auch die Tendenz zur Fäulnis, da mit der fortschreitenden Monopolisierung auch Preisabsprachen zwischen den Monopolen zunehmend dominieren. Mit der Festsetzung von Preisen schwindet nach und nach der Antrieb zu technischem- und anderem Fortschritt und es ergibt sich die Möglichkeit Neuerungen ökonomisch zu blockieren – Durch das Aufkaufen von Patenten und neuen Unternehmen oder auch das Abwerben von Entwicklern. Dies ist jedoch insgesamt eine Tendenz, die sich phasenweise durchsetzt, aber nicht dauerhaft bestehen kann, denn die internationale Konkurrenz auf dem Weltmarkt, die auch zur Entwicklung drängt, lässt sich nicht insgesamt konstant ausschalten.

Vorabend der Revolution

Und doch ist der Imperialismus auch der mögliche Vorabend zur Revolution. Zum einen, weil er durch die Konzentration des Kapitals und der

„UND DOCH IST DER IMPERIALISMUS AUCH DER MÖGLICHE VORABEND ZUR REVOLUTION“

Produktion Arbeit so gesellschaftlich wie nie zuvor organisiert, also auch die Arbeiter so gut und übergreifend wie nie zuvor organisiert werden können. Auch spitzt sich offen der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und privater Aneignung zu und drängt dahin, dass zur gesellschaftlichen Produktion auch das gesellschaftliche Eigentum an den Produktionsmitteln tritt. Zum anderen haben die Monopole durch ihre herausragende Stellung die Dominanz im bürgerlichen Staat inne, verschmelzen mit ihm und sorgen so dafür, dass der Staat selbst riesige Kapitalmassen anhäuft und zunehmend lenkend in die Wirtschaft eingreift. Die organisatorischen Bedingungen für eine Wirtschaftsplanung im Sinne der Gesellschaft sind also auf dem Silbertablett serviert – wir müssen nur zugreifen, denn automatisch kommt die Revolution trotz allem nicht.

Max, Solingen

Wer macht die Revolution?

Lenins Eintreten gegen Opportunismus und Abenteuerertum und für die

Einheit der Arbeiterklasse

Keine vier Jahre nach der erfolgreichen großen sozialistischen Oktoberrevolution in Russland toben die Klassenkämpfe in der neuen russischen Sowjetrepublik und weltweit ausgelassen. Während sich ArbeiterInnen in immer mehr Ländern ihre Rechte erkämpfen, stabilisiert sich zeitgleich das Kapital, bevor es Ende des Jahrzehnts in die größte Krise der bisherigen Geschichte des Kapitalismus kracht. Doch im Mai 1921, als der zehnte Parteitag der russischen KommunistInnen tagt, steckt der Kapitalismus in einer weltweiten Restaurationsphase. So jedenfalls sieht es Lenin.

Proletarische Offensive gegen die Kapitalisten

Der deutsche Komintern-Vertreter Karl Radek hingegen, noch beflügelt von geglückten und misslungenen Aufständen in den letzten Monaten, ist davon überzeugt, dass die revolutionäre Umbruchsperiode gerade erst losgeht und noch lange nicht an ihr (vorläufiges) Ende gelangt ist.

In Deutschland zum Beispiel haben KommunistInnen im März 1921 versucht, die bürgerliche Staatsmacht anzugreifen. Doch die Zeit ist da (schon nicht mehr) reif für so einen Kampf um die Macht.

Wann ist die Zeit reif für die Revolution? Nach Lenin dann, wenn zwei Faktoren zusammenfallen: Erstens, wenn die Herrschenden nicht mehr herrschen können und zweitens, wenn die Beherrschten nicht mehr beherrscht werden wollen. Entscheidend dafür sind auf der Seite der Unterdrückten also ihr politisches Bewusstsein, ihr Organisationsgrad usw. Und auf der Seite der Herrschenden die Stabilität oder Krise des Systems, Einheit und Kämpfe zwischen den Herrschaftsfractionen usw.

Die Offensiv-Strategie hingegen geht davon aus, dass die Arbeiterklasse und die KommunistInnen nur offensiv um die Macht kämpfen müssen, wenn sie die alten Herrscher stürzen wollen. Ihr „fehlt eine konkrete Analyse ganz bestimmter historischer Situa-

tionen“, wie Lenin in einer Kritik über Schriften von Georg Lukács und Bela Kun urteilt.

Streit in der kommunistischen Weltbewegung

In der Vorbereitung des 3. Weltkongresses der Kommunistischen Internationale (auch K.I. oder Komintern) treten diese Differenzen offen zutage. Der von Radek verfasste Entwurf für eine Kongress-Erklärung wird von Lenin zurückgewiesen. Bela Kun und August Thalheimer sollen den nächsten Entwurf schreiben, doch auch deren Entwurf bezeichnet Lenin als „Phrasen und linksradikale Spielerei“. Lenin hingegen setzt auf einen realistischen Weg, um die Kapitalisten zu schlagen. Dazu müssen die RevolutionärInnen das Kräfteverhältnis zwischen alter und neuer Herrschaft genau analysieren und die schwankenden Kräfte, die die alte Herrschaft noch unterstützten, zu sich hinüberziehen. Denn: „Die Mehrheit (der Arbeiterklasse) haben die Kommunistischen

Parteien noch nirgends erobert: nicht für die organisatorische Führung, aber auch nicht für die Prinzipien des Kommunismus. Das ist die Grundlage des Ganzen. Dieses Fundament der einzig vernünftigen Taktik ‚abzuschwächen‘ ist verbrecherischer Leichtsinns... Die Kommunistische Internationale muß die Taktik auf folgendem aufbauen: Man muß unentwegt und systematisch um die Mehrheit der Arbeiterklasse, in erster Linie innerhalb der alten Gewerkschaften, ringen. Dann werden wir bestimmt siegen, welche Wendung die Ereignisse auch nehmen mögen“, so Lenin noch vor dem 3. Weltkongress.

Im Klassenkampf immer flexibel bleiben

Im Juni und Juli 1921 tagt in Moskau der 3. Weltkongress der Komintern. Er bestätigt die Einschätzung von der vorübergehenden Stabilisierung des Kapitalismus und arbeitet daraus abgeleitet eine Strategie der Einheitsfront aus. Gemeint ist damit die Einheit der Arbeiterklasse über inhaltliche und parteipolitische Grenzen hinweg. Nur wenige Jahre, nachdem mit der Spaltung der Sozialdemokratie in ein reformistisches und ein kommunistisches Lager zwar die organisatorische Spaltung besiegelt wurde, gab es für die KommunistInnen keinen Grund nicht nach Zusammenarbeit für konkrete gemeinsame Ziele zu streben. Denn mit wem man im Klassenkampf auf einer Seite der Barrikade steht, ist Ergebnis der konkreten Situation und der Einschätzung der Kräfte und nicht von alten Freundschaften oder Grabenkämpfen. Die alte Clara Zetkin betont in der Diskussion auf dem 3. Weltkongress: „Ihr müsst Eurer Taktik die nötige Elastizität bewahren, um für alle Situationen gerüstet zu sein. Ihr müsst die Vorstoßkraft gewinnen, um in jeden Augenblick den Endkampf aufnehmen zu können, denn wir wissen nicht, ob nicht irgendwelche Ereignisse ihn herbeiführen, wie der Dieb in der Nacht kommt.“

Die Taktik der Kommunistischen Internationale...

Auch Lenin pflichtet ihr bei und spricht sich während den Debatten gegen die sogenannte Offensiv-Theorie aus: „Ich bestreite nicht unbedingt, daß die Revolution auch mit einer ziemlich kleinen Partei begonnen und zum siegreichen Ende geführt werden kann. Man muß aber wissen, mit welchen Methoden man die Massen für sich zu gewinnen hat. Dazu muß man die Revolution gründlich vorbereiten. Und da kommen die Genossen und erklären: Man muß die Forderungen ‚großer‘ Massen sofort fallenlassen. Gegen diese Genossen muß man den

Massen. Nicht immer ist die absolute Mehrheit erforderlich; doch um zu siegen und die Macht zu behaupten, ist nicht nur die Mehrheit der Arbeiterklasse erforderlich – ich gebrauche hier den Terminus ‚Arbeiterklasse‘ in westeuropäischen Sinne, meine also das Industrieproletariat –, sondern auch die Mehrheit der ausgebeuteten und werktätigen Landbevölkerung. Haben Sie darüber nachgedacht?“ Einer, der nach dem Kongress lange darüber nachgedacht hat, war Ernst Thälmann. Thälmann stand 1923 an der Spitze des Hamburger Aufstandes, der scheiterte. Einer der Gründe für das Scheitern war der noch zu



Kampf aufnehmen. Ohne gründliche Vorbereitung werden Sie in keinem Lande den Sieg erringen.“

Mit dieser deutlichen Kritik setzt sich Lenin mit anderen GenossInnen dann doch durch, diese Massenorientierung schlägt sich in den Beschlüssen des 3. Weltkongresses nieder und wird danach weltweit in den kommunistischen Parteien diskutiert und umgesetzt. Diese Linie ist der Schlüssel, um aus den klugen Überlegungen weniger RevolutionärInnen eine breite Bewegung der Arbeiterklasse zu formieren.

...wird zur Taktik der deutschen Kommunisten

Nochmal Lenin im O-Ton vom Komintern-Kongress 1921: „Eine ganz kleine Partei kann genügen, um die Massen zu führen. In gewissen Augenblicken braucht man keine großen Organisationen. Um zu siegen, braucht man aber die Sympathie der

wenig entwickelte Zustand der kommunistischen Partei in Deutschland. Doch ein anderer war sicherlich eine zu positive Einschätzung des Kräfteverhältnisses. Thälmann stand ab 1925 an der Spitze der KP in Deutschland. Fünf Jahre nach dem wichtigen Weltkongress, bei welchem er selber noch für die Offensiv-Theorie eintrat und drei Jahre nach dem verlorenen Hamburger Aufstand stellt er fest: „Gerade wir, die damals in Opposition standen, müssen heute feststellen, wenn Lenin das Steuer nicht herumgerissen hätte, wenn die Kommunistische Internationale nicht nach einer wirklichen revolutionären marxistischen Analyse der Lage gehandelt hätte, wäre die Kommunistische Internationale von den Massen im weitesten Maße getrennt worden. Die Losung ‚Heran an die Massen!‘, die Einheitsfronttaktik, war der konkrete Ausdruck der veränderten Lage“.

Der akutelle Kampf des chilenischen Volkes

André von der Kommunistischen Jugend berichtet über die Situation in seinem Land

1970 sagte der damalige Präsident Salvador Allende: „Unser Erbe ist eine über ihre tiefsten Bestrebungen von autonomer Entwicklung frustrierte Gesellschaft. Eine gesplante Gesellschaft, in der den meisten Familien die Grundrechte auf Arbeit, Bildung, Gesundheit, Erholung und sogar die Hoffnung auf eine bessere Zukunft verneint wird. Gegen alle diesen Existenzformen ist das chilenische Volk aufgestanden“. Diese Analyse und diese Realität ist auch fünf Jahrzehnte später noch aktuell.

Der soziale Ausbruch in Chile ist, beginnend mit der Pinochet-Diktatur

und damit der Implementation des neoliberalen Systems vor fünf Jahrzehnten, ein historischer Prozess der Akkumulation von Widersprüchen, Kräften, Ideen, Wut, Ungerechtigkeit und Straflosigkeit. Eine Akkumulation, die das wahre Gesicht des Kapitalismus, die Zerstörung des Menschen und die totale Plünderung der Völker deutlich gemacht hat.

Ein gemeinsamer Kampf gegen Elend, Hunger und Arbeitslosigkeit

Das Gewissen des Volkes und der Jugend hat sich in der Einheit des Volkes herauskristallisiert, wie Gladys Marin gesagt hat: „Die Probleme sind da: das Elend, der Hunger, die Arbeitslosigkeit, aber die Einheit des Volks fehlt, und die soll nicht durch die Summe von Bewegungen und Parteien, sondern durch den Kampf aufgebaut werden.“ Dieser gemeinsame Kampf, der uns gegen ein Wirtschaftssystem vereint, in der die überwiegende Mehrheit der Welt unterdrückt wird und dass sich in Chile in der Herrschaft des reichsten 1% widerspiegelt, das 26,5% des Vermögens besitzt, während 66,5% nur über 2,1% verfügen.

Die Rebellion wurde von den Studierenden ausgelöst, die einen jahrzehntelangen Kampf fortsetzen und revo-

lutionäre Forderungen für das Land aufstellen. Ohne ihre Anwesenheit wäre dieser Transformationsprozess nicht möglich. Die Kommunistische Jugend (KJ) war zusammen mit allen Jugendlichen und ArbeiterInnen auf den Straßen präsent und zusammen haben wir erneut die großen Alleen und Plätze besetzt. Die KJ bereitet sich auf den Prozess vor und plant, JugendkandidatInnen zum Convencion Constitucional zu bringen. Damit kämpfen wir auf der Straße und in den Institutionen.

Die Kommunistische Partei Chiles und die KJ haben eine Wahlkampagne durchgeführt, um die Abstimmung für eine „Konstituierende Versammlung“ zu genehmigen und zu markieren, um eine starke Position des Volkes gegen das 2/3 Veto zu demonstrieren, das die Souveränität des Verfassungskonvents untergräbt.

Was die Regierung betrifft, ist die klare Position von BürgerInnen und KommunistInnen der Rücktritt von Präsident Piñera, der dem Volk den Krieg erklärt hat, die Menschenrechte verletzt, das Monopol der Staatsmacht delegitimiert und das ungerechte ökonomische System vertieft.

Übersetzt von Juan, Berlin

André Moreau ist internationaler Sekretär der Kommunistischen Jugend Chile (JJCC). Wir danken für den Gastbeitrag, den unsere Internationalismus-AG übersetzt hat.

Die verfassungsgebende Versammlung („Convencion Constitucional“):

Die derzeitige Verfassung Chiles stammt noch aus der Zeit der Pinochet-Diktatur. Ende Dezember letzten Jahres wurde von der Regierung unter dem Druck der gewaltigen Proteste die Einberufung einer verfassungsgebenden Versammlung beschlossen. Anders als von sozialen Bewegungen gefordert, werden allerdings nicht alle, sondern nur die Hälfte der Sitze durch die Bevölkerung gestellt. Die andere Hälfte wird mit Abgeordneten und Senatoren besetzt. Es gibt aber noch einen weiteren Haken: Dem Ergebnis der Versammlung müssen 2/3 der Wähler zustimmen, ansonsten bleibt die Pinochet-Version weiterhin gültig. Dies kommt einer Vetomacht der rechten Kräfte gleich, kommentierte dies Guillermo Teillier, der Vorsitzende der Kommunistischen Partei Chiles (PC).



„Reformieren“ im Sinne des Kapitals

Wie sich die französische Arbeiterklasse seit Jahrzehnten gegen Kapitalangriffe stemmt

„Nicht die Straße regiert, sondern wir.“ Mit diesen markigen Worten begegnete Premierminister Jean-Pierre Raffarin den Generalstreiks, die sich 2003 gegen die geplante Rentenreform des konservativen Präsidenten Jaques Chirac richteten. Dass „die Straße“ Millionen ArbeiterInnen waren, die die Masse der französischen Bevölkerung hinter sich wusste und „wir“ die Interessenvertretung einer kleinen Minderheit, die nicht müde wird, die erkämpften Rechte der Werktätigen wieder rückgängig machen zu wollen, soviel Ehrlichkeit konnte man von Raffarin nicht erwarten. Der Satz hätte im Übrigen genauso gut von Juppé, Sarkozy, Hollande, Macron und wie die politische Exekutive des Kapitals in den letzten 30 Jahren in Frankreich noch so hieß stammen können. Ob von der „Sozialistischen“ Partei (wie sich die Sozialdemokraten in Frankreich nennen), den Konservativen oder selbstgegründeten „Bewegungen“: am Ende vertraten sie alle mehr oder weniger erfolgreich die gleichen Interessen.

Ein langer Kampf

Wenn seit Anfang Dezember letzten Jahres regelmäßig Hunderttausende, an einigen Tagen sogar Millionen ArbeiterInnen in Frankreich gegen die „Reform“ der Renten, die auf Dauer nichts anderes als eine Erhöhung

des Renteneintrittsalters bei Senkung der Bezüge bedeuten würde, auf die Straße gehen, knüpfen sie damit an einen langen Kampf an. Als 1995 der konservative Präsident Alain Juppé Ähnliches vorhatte, zwangen ihn tagelange Generalstreiks und weitere gesellschaftliche Protestbewegungen nach nur anderthalb Jahren Regierungszeit zum Rücktritt. Acht Jahre später kam die Rechtsregierung unter Chirac gegen erneut große Proteste der Arbeiterklasse mit einer abgeschwächten Form des Angriffs auf die Renten durch. Doch die Finanz- und Wirtschaftskrise 2007/08, aus der die französische Wirtschaft bis heute nicht rauskam sowie die Erfolge der herrschenden Klasse in Deutschland (u.a. Rente mit 67, Stärkung privater Rentenversicherung), brachten die französischen Kapitalisten unter Zugzwang. Kommt der jetzige Präsident Macron mit seinen „Reform“plänen durch, wäre das ein weit umfangreicherer Einschnitt für die Arbeitenden als 2003 und ein großer Schritt in Richtung deutscher Verhältnisse.

Erschwert wird der Verteidigungskampf für die französische Arbeiterklasse dadurch, dass sie den Angriffen auf ihre Rechte in immer kürzeren Abständen ausgesetzt sind. So waren neben den Renten auch der Kündigungsschutz, die flächendeckende

Regelung von Arbeitsbedingungen oder der Sozialversicherungsschutz den Herrschenden stets ein Dorn im Auge. Nachdem 2006 mehrere landesweite Streiks und große SchülerInnen- und StudentInnenproteste noch die Rücknahme eines bereits ratifizierten Gesetzes, welches den Kündigungsschutz insbesondere junger Arbeitender massiv verschlechtert hätte, erkämpfen konnten, nahm der sozialdemokratische Präsident Hollande diesen knapp zehn Jahre später erneut ins Visier. Angesichts konstant hoher Arbeitslosigkeit (um die 10%), einem sinkenden Anteil am weltweiten Exportaufkommen und kaum wahrnehmbarem Wachstum, sprach Hollande Anfang Januar 2016 von einem „wirtschaftlichem und sozialem Notstand“. Sein Rezept folgte dem Vorbild des italienischen „Jobs Act“ aus dem Jahr 2014, den spanischen Arbeitsmarkt„reformen“ 2010 und 2012, vor allem aber den deutschen „Agenda“-Gesetzen vom Anfang der 2000er: Belegschaftspaltung, Verringerung des Kündigungsschutzes, Einschränkung von Gewerkschaftsmacht. Insbesondere war auch die vollständig 2002 durchgesetzte 35-Stundenwoche auf der Abschlusliste des Sozialdemokraten. Bei „innerbetrieblicher Notwendigkeit“ sollte eine Verlängerung des Arbeitstages auf 12 Stunden über bis zu

drei Monaten möglich sein, wobei die Regelung nach einen Monat erneut angewandt werden konnte. Dies kann wiederum als Vorbild für Österreich gesehen werden, wo im September 2018 ebenfalls die Möglichkeit eines 12-Studentages gegen große Proteste durchgesetzt wurde.

Nahtlose Fortsetzung der Kapitaloffensive

Hollandes Arbeitsmarkt„reformen“ trafen auf massiven Widerstand der Gewerkschaften, dem sich die Jugend in weiten Teilen anschloss und mit nächtlichen Platzbesetzungen („Nuit debout“) neue Protest- und Organisationsformen entwickelte. Trotz permanentem „Ausnahmestand“ konnte Hollande nur einen Teil seiner Vorhaben durchsetzen. So musste er unter anderem die Deckelung von Abfindungen zurücknehmen. Nur ein Jahr später peitschte Macron noch weitergehende Regelungen durch. Er konnte sich im Wahlkampf 2017 als einzige Alternative zur rechtsradikalen „Front National“ von Le Pen verkaufen und mit einer absoluten Mehrheit im Parlament ohne Unterbrechung die Angriffe auf Kündigungsschutz und flächendeckenden Tarifvertragsschutz fortsetzen. Nur ein Jahr später nahm er sich, ganz in der Tradition seiner Vorgänger, die deutschen Hartz-Reformen als Vor-

bild für seinen Umbau der Arbeitslosenversicherung. Noch geschwächt von der Niederlage im Kampf gegen die Arbeitsgesetz„reformen“, konnte Macron ohne große Gegenwehr die Bedingungen für den Anspruch auf Arbeitslosengeld deutlich verschärfen und Änderungen durchsetzen, die für jeden vierten Bezieher von Arbeitslosengeld zu einer Kürzung führen werden. Zudem auch die Regel, dass nach zwei abgelehnten und nach Ansicht der Behörde zumutbaren Arbeitsplatzangeboten der Anspruch auf Arbeitslosengeld ganz erlischt – Hartz 4 lässt grüßen.

Ein drittes großes Kampffeld ist die Steuergesetzgebung. Anfang Januar 2014 wurde unter Hollande eine Anhebung des bis dahin reduzierten Steuersatzes für Gas, Strom und Wasser auf das allgemeine Niveau von 20% durchgeführt. Daran anknüpfend wollte Macron Ende 2018 ebenfalls die arbeitende Masse stärker zur Kasse bitten und die Steuer auf Kraftstoffe erhöhen. Die daraufhin spontan entstandene Gelbwestenbewegung konnte zusammen mit den Gewerkschaften allerdings eine Aussetzung der Erhöhung erkämpfen. Nicht verhindern konnten sie jedoch eine schrittweise Senkung der Unternehmenssteuern von 39% auf mittlerweile 27%. Damit gelang den Banken

und Konzernen in Frankreich ein weiteres Gleichziehen mit ihren Klassenfreunden in Deutschland, welche durch die Rot-Grün-Regierung 2000 die Steuern für Reiche und Unternehmen senken ließ.

Klassenkampf in Europa

Vor diesem Hintergrund einer nach und nach beschleunigten Kapitaloffensive ist das Ausmaß der aktuellen Proteste in Frankreich zu betrachten. Dass ihr Erfolg oder Misserfolg direkte Auswirkungen auf die Klassenkämpfe in Deutschland hat, beweist anschaulich die erst im Februar 2020 von Merkel aufgestellte Forderung einer Senkung der Unternehmenssteuern in Deutschland. Begründet hat sie dies unter anderem mit den Steuerenkungen in Frankreich, die eine „neue internationale Wettbewerbssituation“ geschaffen hätten. Während sich die französische Arbeiterklasse noch erbittert gegen die vollständige Übertragung von Agenda-Gesetzen, Rente mit 67 und Co stemmt, feilen die Herrschenden hierzulande unbeirrt an neuen Angriffen. Mit Blick auf den DGB-Slogan zum letzten EU-Wahlkampf möchte man denken: Klassenkampf in Europa – Jetzt aber richtig!

Daniel, Trier



Aleppo ist frei!

Seit 2012 wurde um das syrische Aleppo gekämpft, nun sind die Islamisten besiegt

Ende letzter Woche gelang es der Syrisch Arabischen Armee und ihren Verbündeten auch die letzten Städte und Ortschaften in der Umgebung von Aleppo zu befreien. Nachdem die diversen Gruppen von islamistischen Kämpfern im Dezember 2016 aus der Stadt selbst vertrieben wurden, nutzten sie die nach wie vor von ihnen in Teilen kontrollierte Umgebung als Ausgangspunkt für weitere Angriffe. Auch wenn der blutige Stadtkampf 2016 sein Ende fand, regneten bis vor kurzem Granaten wie Raketen auf Aleppos Außenbezirke und wichtige Versorgungs- wie Transportwege blieben abgeschnitten oder unpassierbar.

Dieser Zustand ist jetzt Geschichte, stattdessen rückt der von der Bevölkerung ersehnte Wunsch nach Normalität in weitere Nähe. Während derartige Meldungen am Sonntag auf den Straßen von Aleppo spontane Freudenfeiern auslösten, fand diese Information in der Presselandschaft der BRD nur geringe Resonanz. Erst am Montag kam es zu Randmeldungen die „Gebietsgewinne“ vermerkten und das ganze Thema eher vom Standpunkt der Rebellen als vermeintliche Niederlage aufgriffen. Diese Berichterstattung folgt einem seit Jahren etablierten Muster: Die bereits seit langem gänzlich von

Islamisten dominierten Rebellen werden nahezu konsequent als „bewaffnete Opposition“ kategorisiert und während die Kriegsführung von Syrien wie Russland besonders kritisch unter die Lupe genommen wird oder sogar Informationen unterschlagen werden, wird bei jener „Opposition“ durchgehend ein Auge zugedrückt. Als die Schlacht von Aleppo 2012 ihren Anfang nahm, war es mitnichten ein Aufstand im Inneren, sondern vielmehr ein Einsickern von Kämpfern aus anderen Gebieten die sich schnell im Ostteil der Stadt festsetzen konnten. Organisiert waren diese Kämpfer in einem Sammelsurium an verschie-

denen Gruppen. Diese Aufsplitterung und Vielfalt ist aber weniger Merkmal inhaltlicher Differenzen, sondern vielmehr Ausdruck der internen Reibereien zwischen den jeweiligen Anführern um Kontrolle wie Einfluss sowie finanzielle Mittel.

Als die Schlacht um Aleppo 2016 in ihre heftigste und letztlich auch entscheidende Phase eintrat, begannen Bundesregierung wie deutsche Leitmedien erneut damit den unter Druck geratenen Islamisten zumindest propagandistisch zu Hilfe zu eilen. Der blutige Häuserkampf und die wechselseitigen Bombardements wurden so umgedeutet das allein Syrien und Russland für die Situation verantwortlich gemacht wurden. Kriegsgräuere der vom Westen hofierten Islamisten verkamen im besten Fall zur Randmeldung, blutige Episoden wie die durch Rebellen belagerten Ortschaften Nubl und al-Zahraa um Aleppo wurden nahezu gänzlich ignoriert.

Die in Deutschland vorherrschende Berichterstattung ist Ausdruck der Interessen der Herrschenden. Um eine aggressivere Außen- und Sicherheitspolitik gegen Russland und seine Verbündeten durchzudrücken sowie selbst den eigenen Anspruch auf „mehr Verantwortung“ zu unterstreichen. Dies ist umso brisanter als das es in den vergangenen Wochen neben den Kämpfen zwischen syrischer Armee und Islamisten auch zu direkten Konfrontationen zwischen syrischen und türkischen Streitkräften kam, eine Tatsache die in ihrer Konsequenz letztlich einen NATO-Bündnisfall auslösen und damit eine enorme Verschärfung des Krieges mit sich bringen kann.

Die Türkei agierte seit Beginn des Konflikts als einer der wesentlichen Unterstützer von Dschihadisten in Syrien. Zudem intervenierte die türkische Armee 2016 in Afrin und 2019 in Nordostsyrien militärisch um gegen die kurdische Selbstverwaltung im Norden des Landes vorzugehen. Seitdem tritt die Türkei zunehmend als die eigentliche Schutzmacht der

islamistischen Rebellen auf und versuchte mehrmals die zerstrittenen Gruppen zu einen sowie unter die eigene Kontrolle zu stellen. Als Besatzungsmacht kontrolliert der türkische Staat zudem völkerrechtswidrig mehrere syrische Gebiete in denen er mit ethnischen Säuberungen und einer Integration in die türkische Wirtschaft wie Politik die längerfristige Abtrennung der Territorien vollzieht. Die Bundesregierung beteiligt sich nicht nur indirekt an Kriegsverbrechen und deren Legitimation, sondern stärkt die Türkei auch in ihrer gefährlichen Eskalationspolitik in Syrien. Um sich und der deutsch dominierten EU weitere Geflüchtete vom Hals zu halten wendet die Bundesregierung zudem seit Jahren verstärkt Gelder für Erdogan und sein Regime auf, das dadurch nicht nur im Inneren gestärkt wird sondern auch seine Kriegspläne besser umsetzen kann.

Das in Idlib aufgrund der durch die Kriegshandlungen flüchtenden Menschen eine humanitäre Katastrophe droht steht außer Zweifel. Doch muss dabei klar sein das im Sinne des Imperialismus humanitäre Gründe höchstens vorgeschoben werden um die eigenen Ziele zu erreichen. Für Deutschland nimmt die weitere Abschottung der EU gegenüber Flüchtlingen oberste Priorität ein. In diesem Zusammenhang stört es auch nicht das die Türkei in Idlib nicht nur ihre eigenen islamistischen Söldner ins Feld führt, sondern auch mit dem de-facto Al-Qaida Ableger Hay'at Tahrir al-Sham (HTS) kooperiert. HTS ist als Zusammenschluss an Dschihadisten die politisch wie militärisch dominante Kraft in der Region, das Agieren der türkischen Armee vor Ort wie beispielsweise die Errichtung türkischer Beobachtungsposten wäre ohne Absprachen zwischen den beiden Akteuren überhaupt nicht möglich gewesen. Erst letztes Wochenende äußerte Außenminister Heiko Maas auf der Siko, dass Moskau seinen Einfluss auf die syrische Regierung nutzen müsse, damit die Kampfhandlungen eingestellt würden.

„Ansonsten rechnen wir damit, dass noch mehr Menschen die Region verlassen werden. Das ist etwas, woran niemand ein Interesse haben kann.“ Kurzum: Flüchtlingsbekämpfung im Interesse des deutschen Imperialismus, bewacht vom Verbündeten Türkei und durchgeführt von Al-Qaida. Während die Herrschenden hierzulande sonst gerne den Moralapostel markieren, vernimmt man im Zuge türkischer Kriegsverbrechen keinen Pieps. Ihnen geht es nicht um das Wohlergehen der Menschheit, sondern um Ressourcen, Handelswege, politischen Einfluss und die Stärkung ihrer weltpolitischen Ambitionen.

AG Internationalismus beim Bundesvorstand der SDAJ

„Die Grünen klammern sich mit aller Kraft an ihren Juniorplatz in der Regierung“

Interview: In Wien regieren Konservative und Grüne unter dem makabren Motto „Klima und Grenzen schützen“. Wir haben uns darüber mit Niklas, dem Vorsitzenden der Kommunistischen Jugend Österreichs (KJÖ), unterhalten.

POSITION: In Österreich gibt es das, worüber in Deutschland seit Monaten spekuliert wird, eine schwarz-grüne Bundesregierung. Was ist von der Koalition zu erwarten?

Niklas: Auch diese Regierung ist weder „links“ noch „unsere“. Was bis jetzt zu hören und zu sehen war, belegt das anschaulich. Von grüner Seite kommen Beschwichtigungen wenn Vorhaben wie die verfassungsfeindliche „Sicherungshaft“ für Asylsuchende besprochen werden. Denn die Grünen klammern sich mit aller Kraft an ihren Juniorplatz in der Regierung und scheuen sich auch nicht davor ein Vorgehen zu verteidigen, bei dem Menschen – vornehmlich Geflüchtete – ohne Grund und Beweislast eingesperrt werden sollen.

Relativ anschaulich ist für uns gerade also der fortlaufende Verfall einer neoliberalen Partei, die nun ihre bauchlinke Masken fallen lässt.

Damit müssen wir politisch arbeiten, um den jungen Menschen die Illusionen in solche bürgerlichen Parteien zu nehmen. Zur ÖVP lässt sich

eigentlich nicht viel mehr sagen als „more of the same“, sie gibt in der jetzigen Koalition den reaktionären und vor allem massiv rassistischen Weg vor und zementiert den rechtsaußen Weg der letzten, gescheiterten Koalition. Ich empfehle im Übrigen die Analyse unserer Gewerkschaftsfraktion KOMintern, die vor allem die wirtschaftlichen Reformpläne im Koalitionsprogramm der neuen Regierung sehr genau und politisch unter die Lupe nimmt. Besonders die Steuersenkungen für Unternehmen und Banken sind hier wie auf einem Wunschzettel des österreichischen Monopolkapitals ausgefallen.

Die ÖVP steht für einen flüchtlingsfeindlichen Kurs, den sie davor mit den Freiheitlichen vertreten hat. Wie rechtfertigen die Grünen ihre Regierungsbeziehung?

Niklas: Wie gesagt üben sich die Sauber-Männer und Frauen der Grünen derzeit in nobler Zurückhaltung, wenn auch vereinzelte Aussagen aus der grünen Chefetage anklingen lassen, dass man durchaus anders zu Migrations- und Fluchtfragen stehe, ist ihnen der verräterische Frieden innerhalb der Koalition wichtiger. Gerade jetzt erwarten sich viele Menschen

hierzulande eine klare Gegenposition der Grünen zur eigentlichen Regierungsstrategie. Sie warten vergeblich. Auch ein Grünen-Chef Kogler muss sich für das verantworten, was gerade an den europäischen Außengrenzen geschieht. Die Grünen sind nicht links, sie stehen auf der anderen Seite und sind als politische VertreterInnen des Kapitals zu sehen.

Auf eurem Kongress in Graz habt ihr langjährige Aktive verabschiedet, eine neue Leitung gewählt und politische Vorhaben beschlossen. Was hat sich die KJÖ vorgenommen?

Niklas: Unser Bundeskongress war gut gefüllt mit politischen Anträgen, die meisten davon geben uns als neugewählter Bundesleitung einiges an Arbeit auf – das ist gut so. Ich möchte nicht zu viel vorwegnehmen, da einiges auch noch ausgestaltet und genauer konzeptioniert wird, allerdings sind Dinge wie Proletarischer Feminismus, Ökologie und eine Modernisierung unseres Medienauftritts geplant. Ich bin mehr als guter Dinge, dass wir die derzeitigen politischen Aufgaben mit dieser Bundesleitung angehen können und freue mich auf die nächsten zwei Jahre.

Das Interview führte Mark, München



Niklas Böck (23) ist neu gewählter Bundesvorsitzender der Kommunistischen Jugend Österreichs, KJÖ. Der Politikwissenschaft-Student lebt in Wien und ist unter anderem im Kommunistischen StudentInnenverband, der Gewerkschaftsfraktion KOMintern und in der Offensive gegen Rechts aktiv. Die von Niklas erwähnte KOMintern-Stellungnahme findest Du online unter komintern.at/regierungsklausur-steuern/

konfrontative Literatur

Wir wollen in den Vordergrund rücken, wer lange nur im Hintergrund zu sehen war.

Ihr findet nous im Internet unter <https://nous-online.net/>. Im dortigen Shop sind auch die Printausgaben erhältlich. Zudem ist nous auch auf Facebook und Soundcloud.

Worum geht es bei der Zeitschrift „nous“? Redakteur Kamil hat es uns erzählt:

Literatur war schon immer ein Klassenprivileg. Das haben wir am eigenen Leibe erfahren. Den meisten von uns wurde sie nicht in die Wiege gelegt. Bücher gab es kaum bis keine an den Wänden unserer Herkunft. Dabei hätten wir sie gebrauchen können. Wir nahmen das Leben als selbstverständlich. Den Platz, den man uns zuwies und die Rolle, die das Schicksal uns zugeteilt hatte; wir wunderten uns darüber nicht. So wie es ist, ist es eben. Erst später, als der Zufall uns über eine der unzähligen Klassengrenzen schubste und wir die ersten Romane in Händen hielten und lasen, erkannten wir, dass nichts selbstverständlich war. Wir erkannten, dass im Wesen der Literatur ein Aktivismus liegt und dass sich in ihren Inhalten die Welt spiegelt. Wir erkannten ihren Nutzen und den Vorteil, den sie bringt. Wir begannen zu verstehen, warum an unseren Wänden keine Bücher gewesen waren. Man hatte uns ausgegrenzt und zwar nicht nur von der Literatur und ihren Erzählungen, sondern darüber hinaus aus der wirklichen Welt, die fremd, unverrückbar und unsichtbar bleibt, solange man

sie nicht mit Wörtern durchdringt. 2013 gründeten wir nous. Wir schrieben unsere ersten Geschichten. Wir versuchten, den Gefühlen, die die widerspruchsvollen Verhältnisse in uns aufschäumen ließ und den Erfahrungen einen Ausdruck zu geben, indem wir sie mit handelnden Figuren in Bewegung setzten. Gleichzeitig lasen wir. Aber je tiefer wir vordrangen, desto deutlicher wurde es uns, dass die meiste Literatur einseitig war und zuweilen ein Bild der Welt zeichnete, welches unseren Leben nicht entsprach. Wir fragten uns: Wo sind die Geschichten über Arbeiter und Arbeiterkinder? Wo die Wörter für die Leben und Emotionen, die sie haben? Wo steht, wie es ist, unbezahlte Überstunden leisten zu müssen und als letzter am Band zu stehen? Wo, wie es ist, wenn der Vorgesetzte einen herumkommandiert und anschreit und man sich nicht zu wehren weiß, weil einem die Mittel und die Sprache fehlen? Wo kann man lesen, wie es ist, arbeitslos zu sein, auf dem Amt zu warten und sich von Beamten durchlöchern und schlecht behandeln zu lassen? Wo, wie es ist, eine Ausbil-

dung für einen Hungerlohn zu absolvieren, der nicht einmal für die Miete reicht? Man übergeht diese Fragen. Es sind auch nicht die Fragen jener, die den Großteil der Romane schreiben. In ihren Büchern kommen wir allenfalls als Statisten vor. Unsere Literatur will sich nicht scheuen. Wir wollen in den Vordergrund rücken, wer lange nur im Hintergrund zu sehen war. Die Literatur hat keine Antworten auf die Fragen der Welt. Sie müssen in der Welt beantwortet werden. Aber sie kann sie aufzeigen. Sie kann das Schweigen brechen und die Welt konfrontieren, wo die Welt der Konfrontation ausweicht. Seit der Gründung von nous sind sieben Jahre vergangen. Mittlerweile zählt unsere Redaktion acht Mitglieder, von denen sechs in der neusten Ausgabe vertreten sind. Das Taschenbuch besteht aus Kurzgeschichten, Gedichten und ist angereichert mit Illustrationen.



Kamil Tybel (30) lebt und arbeitet in Stuttgart. Er ist Hauptredakteur der Literaturzeitschrift nous.

Kamil Tybel

lass mal über's FICKEN reden

Dating im Kapitalismus

EIN KOMMENTAR ZU DATING-MONOPOLEN

Dating-Apps wie Tinder, Grindr und OkCupid haben seit Jahren massiven Auftrieb.

Ob man sie benutzt oder nicht, wir alle kennen sie. Ein guter Grund mal zu schauen, warum wir diese kostenlosen Apps zur Verfügung gestellt bekommen.

Auch für Internetunternehmen gilt meistens, was wir in allen großen Industrien beobachten können: Die „freie Konkurrenz“ wurde immer mehr zur Legende und immer weniger real, einige wenige große Konzerne verleiben sich kleinere Unternehmen ein, neu gegründete Firmen werden entweder direkt aufgekauft oder vom Markt verdrängt. Auch bei Dating-Apps ist das so.

So gehören beispielsweise die scheinbaren Konkurrenten OkCupid, Hinge und Tinder zur Match-Group, die wiederum der InterActiveCorp, einem us-amerikanischen Internetriesen gehört. Damit besitzt dieser Monopolist vier der fünf in den USA meistgenutzten Dating-Apps. Soweit so schlecht.

„DAS PROBLEM IST NICHT DAS NUTZVERHALTEN VON UNS KONSUMENTEN, SONDERN DIESES SYSTEM“

Daten und Privatsphäre als Ware

Weiterhin ist das Interesse der Konzerne hinter diesen Apps natürlich nicht, uns alle nett zu verkuppeln, sondern vor allem Daten zu sammeln. So sammelt Tinder beispielsweise laut Datenschutzerklärung nicht nur den Standort, den Namen und die Mail-Adresse, sondern auch Fotos und Videos, Finanzdaten, Chatinhalte, die Interessen und Lebensstile, Daten von Facebook und sexuelle Orientierung seiner User.

Und weil Datensammeln kein Hobby oder Selbstzweck ist, werden diese Infos auch mit den 45 weiteren Unternehmen der Match-Group geteilt und weitergegeben. Mit der weitestgehend fehlenden Belehrung der Nutzer, an wen die Daten genau weitergegeben werden und dem Austausch der Infos zwischen den einzelnen Unternehmen, verstoßen die allermeisten Dating-Apps, allen voran Tinder und seine Schein-Konkurrenten, gegen die Datenschutz-Grundverordnung der EU. Doch selbst wenn sie das nicht täten, zeigt das, wie im Kapitalismus alles zur Ware wird, auch unsere Daten. Wir haben längst keine Kontrolle mehr darüber, welche Informationen wir über uns preisgeben. Der Ausver-



kauf unserer Privatsphäre, intimsten Details unseres Liebeslebens und unserer Gefühle zugunsten der Profitinteressen weniger großer Konzerne sind dabei nicht Folge moralischer Verkommenheit oder irgendwelcher illegaler Aktivitäten dieser Monopolisten, sondern die logische Konsequenz dieses Systems. Dagegen helfen weder Boykottaufrufe gegen Datenbunkerer, noch irgendwelche moralischen Belehrungen wie „Du entscheidest, was du über dich preisgibst“, denn das stimmt leider einfach nicht mehr. Wir haben meist einfach keinen Einblick, welche Infos wir wie und für wen über uns preisgeben. Das Problem ist also nicht das Nutzverhalten von uns Konsumenten, sondern dieses System!

Max, Köln

DREI INTIME FRAGEN AN...

Phil (26) ist seit sechs Jahren in einer festen Beziehung. Wir haben ihn nach seinem Sexualleben gefragt.

POSITION: Hat sich der Sex über die Jahre verändert und wenn ja, wie?

Phil: Ja allerdings. Ich empfinde den Sex im Vergleich zum Anfang als deutlich besser abgestimmt. Man weiß, was dem Gegenüber gefällt und natürlich hat man auch nach so langer Zeit weniger Hemmungen Fantasien anzusprechen. Auch wenn mal was nicht so klappt wie es soll, ist das alles kein Drama mehr. Insgesamt würde ich also sagen: Entspannter und besser.

Denkst du auch über Sex mit anderen Frauen nach, würdest du sagen, dir fehlt was?

Phil: Ja klar! Wer denkt da nicht drüber nach? Aber fehlen? Nicht zwangsweise, eher im Gegenteil. Oft höre ich Geschichten, wer mit wem was hatte und wer jetzt wem nicht mehr begegnen möchte. Das Negative an Sex ist: Es wird so viel Drama darum gemacht! Da bin ich oft froh, mich durch die Beziehung etwas rausziehen zu können und es von außen zu beobachten.

Wird dir das Gefühl vermittelt, du erfüllst mit einer monogamen Dauerbeziehung eine Art „Idealbild“ oder wird es eher als langweilig angesehen?

Phil: Schwierige Frage. Also für meine

Familie erfülle ich sicher das „Normalbild“, dass sie sich für mich wünschen. In meinem Freundes- und Bekanntenkreis sind offene oder polyamöröse Beziehungen schon immer wieder mal Thema. Den Vorwurf, langweilig zu sein oder den Vorwurf, das patriarchale System zu stützen habe ich noch nicht bekommen. Ich weiß aber, dass es sowas gibt. Zusammenfassend ließe sich sagen: Ich bin in einer monogamen Beziehung, weil ich die Stabilität und das aufeinander eingespielt sein sehr schätze und nicht, um gesellschaftlichem Druck aus dem Weg zu gehen.

Das Interview führte Daniel, Trier

TABUTHEMA

Nachgefragt: Körperbehaarung



Wir sprechen mit Fred, der sich in seinem Studium der sozialen Arbeit auf Sexualität und Geschlechtlichkeit konzentriert und in verschiedenen Einrichtungen als Sexualpädagoge gearbeitet hat.

Diesmal fragt Meagan 20: „Hallo! Wie ist denn das mit Schamhaaren? Ich rasiere sie mir am liebsten weg. Aber meine Schwester meint, nur Mädchen seien rasiert, Frauen würden ihre Haare mit Stolz tragen. Ich mag meine Schamhaare aber nicht.“

Seit dem großen Durchbruch der Videopornographie in den 80ern und 90ern, ist die enthaarte Vulva bei Frauen zu einer gesellschaftlichen Norm aufgestiegen. Wir müssen festhalten, dass das vorherrschende Schönheitsideal Ergebnis einer sexistischen Realität ist. Das Bild der haarlosen Scheide hat sich in einer Gesellschaft entwickelt, in der Frauenkörper vielfach gemessen werden an (vermeintlichen) Bedürfnissen männlicher Geschlechtspartner. Und tatsächlich bevorzugen 1/3 aller heterosexuellen Männer eine Komplettarasur

im Intimbereich von Frauen. Ein weiteres Drittel wünscht sich eine „getrimmte“ Intimbehaarung. Wirklich wichtig ist es aber den meisten nicht. Wenn eine Frau sich dagegen entscheidet die Haare zu entfernen, riskiert sie dennoch Kommentare und abfällige Blicke, oft auch von anderen Frauen. Du schilderst jetzt aber Widerstand anders herum und das ist auch nicht in Ordnung. Es gibt leichte medizinisch-hygienische Vorteile, die Haare im Intimbereich stehen zu lassen: Pheromone können sich in Intimhaaren länger halten und die eigene Lust und die der Sexualpartner*innen steigern. Eingewachsene Haare (gelegentliche Randercheinung von Rasur und Epilation) können fiese Entzündungen nach sich ziehen. Aber die sexistischen Ungerechtigkeiten dieser Welt verändern sich durch deine Intimfrisur nicht. Jede gewichtet ihre Beweggründe anders: Sich selbst oder anderen zu

gefallen ist mal wesentlich, mal zweitrangig. Den Stress mit dem Juckreiz umzugehen, nimmt man mal gerne in Kauf und mal nicht. Du kannst ja versuchen herauszufinden ob eine rasierte oder eine behaarte Vulva dich souveräner fühlen lässt. Das erscheint mir eine gute Entscheidungshilfe zu sein. Auch Jungs* und Männer* sind häufig hin und her gerissen zwischen dem Wunsch sich gepflegt und doch maskulin zu inszenieren. Manche verstehen es auch als Akt der Emanzipation sich Achseln oder Bauchdecke zu rasieren. „Gleiche Pflicht für alle?“ Auch hier gilt: Die gesellschaftlichen Geschlechterungerechtigkeiten werden so nicht wirksam bekämpft.



likes & dislike

„Die Aula“ - ein bedeutendes Werk von Hermann Kant über die Anfänge der DDR

Robert Iswall soll in wenigen Wochen eine Rede halten. Als Teil des Jahrganges Neunundvierzig der ersten Arbeiter- und Bauernfakultät (ABF) in Greifswald wurde er Teil deutscher Geschichte, denn diese ABF machte es ArbeiterInnen erstmals möglich in Deutschland zu studieren. Ohne die ABF wäre der Elektriker Robert, der

ursprünglich aus Hamburg kam, kein Journalist geworden und die Schneiderin Vera keine Augenärztin und der Förster Jakob hätte nie seiner Bestimmung folgen können, indem er die vielen öffentlichen Wälder der DDR für ein Ministerium verwaltet. In „Die Aula“ geht es um die demokratische Umwälzung eines Staates, der noch bis vor kurzem faschistisch regiert wurde, es geht um Menschen, die als Gefangene in Lager der Sowjets kamen und als Antifaschisten gingen. Es geht um Diskussionen, die vielen von uns mehr als bekannt vorkommen werden, um Freundschaft und um die Erwartungen einer von Krieg gebeutelten Generation, die bei der Demokratisierung eines gesamten Staates behilflich sein wollen und den Herausforderungen,

die sie sich dabei stellen müssen. Geschrieben wurde der Roman mit viel Humor von einen der bedeutendsten DDR-Autoren Hermann Kant, der selbst einmal die Antifa-Schule der Sowjets besuchte und selbst Student einer ABF war. Auch wenn das Buch schon älter ist, gehört es zur Pflichtlektüre eines jeden, der die Anfänge der DDR verstehen möchte. Die Aula ist verständlich geschrieben, dennoch lohnt es sich an der ein oder anderen Stelle für einen Moment inne zu gehen und den Kontext der Handlung zu recherchieren und wer den Humor Kants einmal kennenlernt, wird ihn lieben lernen.

Domi, Neumarkt



der erfolgreichste Kinostart dieses Jahr. Dabei ist das Känguru doch Kommunist und will mit Umsatz und Gewinn nichts zu tun haben. Die Geschichte aus den Känguru-Chroniken, die einst als Podcast auf Radio Fritz (rbb) begann, dann in drei Büchern als Känguru-Chroniken (2009), -Manifest (2011) und -Offenbarung (2014) erschienen ist und von den Känguru-Apokryphen (2018) ergänzt wurden, sind mittlerweile auch als Hörbücher auf dem Markt. Nun also der Film, was kann da noch kommen? Wir können Entwarnung geben:

Wer nicht alle (Hör-)Bücher auswendig mitsprechen kann, wird Spaß haben an dem Streifen. Und selbst wer noch alle Witze drauf hat muss keine davor Angst haben, eineinhalb Stunden über bereits bekannte Witzchen zu lachen, da die Filmhandlung eine neue ist. Klar sind ein paar alte Sachen dabei, aber dafür auch kleine Überraschungen, wie ein sehr schöner und aufgeregter Gastauftritt von Hel-

ge Schneideroder witzige Abspann-Tracks der „Arbeitsgruppe Zukunft“ (Sänger: Marc-Uwe Kling). Das Drehbuch stammt von Kling selber, doch die Regie lag bei Dani Levy. Dieser hat sich u.a. mit „Alles auf Zucker“ oder mit Schneiders „Mein Führer“ bereits einen Namen gemacht. Levys Stil ist verspielt, schnell und lustig; passt also perfekt zur filmischen Umsetzung der Känguru-Chroniken. Die weibliche Hauptrolle hat Rosalie Thomass inne. Sie wurde v.a. als in Rosenmüllers' Coming-of-Age-Trilogie „Beste Zeit / Gegend / Chance“ bekannt und steht seit Jahren vor der Kamera. Die männliche Hauptrolle spielt Dimitrij Schaad. Dank einer Auszeit nach sechs Jahren im Ensemble des Berliner Gorki Theater war Zeit, um in gelungener Weise den linken Kleinkünstler zu mimen. Das Känguru wird natürlich von sich selbst gespielt und der rechte Immobilien-Spekulant Jörn Dwigs vom großen Henry Hübchen (der eigentlich auch vom Theater kommt, aber von der Volksbühne aus dem anderen Berlin...).

Mark, München



Die Känguru-Chroniken

Marc-Uwe Klings Kurzgeschichten erobern in 1,5 Stunden die Kinos

Mit fast 2,8 Millionen Euro Umsatz schon am ersten Wochenende ist die Verfilmung der Känguru-Chroniken

Carneval Row – eine Fantasyserie mit politischen Bezügen

Wer einen 4K-Fernseher besitzt und schon immer mal wissen wollte, ob es wirklich einen Unterschied in der Bildqualität zu normalen „HD“ gibt, der kann das mit der Serie „Carnival Row“ ausprobieren. Zumindest war das der Grund, warum ich mir die kürzlich erschienene erste Staffel gegeben habe. Zugegeben auch, weil das Setting irgendwie spannend klang: Ein Sherlock Holmes Verschnitt in einer Steampunk-Welt, die von rassistischen Unruhen gegen Feen und Pferdemenchen gezeichnet ist. „Carnival Row“



ist der Name einer Straße im Arbeiterviertel der Stadt „The Burgue“, indem eine Mordserie an Feen stattfindet, die in die Hauptstadt migriert sind, weil ihnen in ihrem Heimatland die Vernichtung durch den faschistischen „Pakt“ droht. Doch obwohl die Soldaten von „The Burgue“ gegen „den Pakt“ in den Krieg gezogen sind, um die Feen-Wesen zu befreien, will sie in ihrer Heimat keiner so wirklich haben,

weshalb der Tod der Nicht-Menschen auch keinen wirklich interessiert. Die Handlung ist spannend, das düstere Setting kommt dank modernster Technik gut und scharf rüber und mit Orlando Bloom ist die Rolle des Inspector Rycroft Philostrate gut besetzt.

Domi, Neumarkt



Landwirtschaftliche Kollektivierung in der DDR

Wir haben Johanna Scheringer-Wright zur Landwirtschaft in der DDR befragt. Sie war Mitglied des thüringischen Landtags für „Die Linke“ und kommt aus einer westdeutschen Bauernfamilie.

POSTION: Vor 60 Jahren wurde die sogenannte Kollektivierung der Landwirtschaft in der DDR abgeschlossen. Was können wir unter diesem Begriff verstehen?

Johanna: Es wurde damals beschlossen, dass sich kleine landwirtschaftliche Betriebe zu schlagkräftigen Einheiten zusammenschließen. Dies geschah auf genossenschaftlicher Basis, d.h. alle Eigentümer haben ihr Land und ihre Höfe mit eingebracht und haben im Folgenden gemeinsam gewirtschaftet und den Ertrag untereinander geteilt. Der Förderzweck, eine gute Landwirtschaft zu betreiben und gesellschaftlichen Fortschritt mit zu befördern, war dabei sehr stark ausgeprägt. Deswegen haben Landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften (LPGs) z.B. auch die Versorgung der Kindergärten übernommen. Es ging dabei darum, die gesellschaftliche Entwicklung im Dorf und damit das gute Leben zu befördern (dazu gehörte z.B. auch die Verwaltung von Kulturhäusern, Organisation von Festen usw.) Die Genossenschaften waren der Motor gesellschaftlichen Fortschritts im ländlichen Raum.

Wie sah die landwirtschaftliche Produktion davor aus?

Johanna: In der DDR wurde im Gegensatz zu Westdeutschland gleich

nach dem Krieg eine Bodenreform durchgeführt. Diese Reform bezog sich auf große Güter. Gerade in Mecklenburg-Vorpommern gab es noch geradezu feudale Strukturen. Großgrundbesitzer, besonders diejenigen, die den Hitlerfaschismus unterstützt hatten, wurden enteignet und Landlosen kleine Betriebsflächen zugeteilt. Davon profitierten insbesondere auch jene, die als Flüchtlinge in die DDR gekommen sind und so eine Existenzsicherung erlangten. Im Ergebnis hatte man eine vielfältige, aber sehr kleinteilig strukturierte Landwirtschaft.

Im weiteren Verlauf hat sich dann gezeigt, dass Betriebe mit bspw. lediglich fünf Hektar Fläche strukturell schnell an ihre Grenzen gestoßen sind. Auf dieser Grundlage war das Zusammenschließen dieser vielen Kleinbauernwirtschaften zu größeren landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften ein Fortschritt, sowohl in sozialer Hinsicht, weil gemeinschaftlich gewirtschaftet werden konnte und den Bauern so auch mal Feierabend und/oder Urlaub ermöglicht wurde, als auch für die Ertragssteigerung und für die Durchsetzung modernerer Produktionsmethoden. Es konnte größere Technik angeschafft werden und überhaupt technischer Fortschritt durchgeführt

werden. Die andere Seite ist, dass die Kollektivierung einem gemeinsamen ökonomischen Plan folgte. Es wurde in der Partei- und Staatsführung besprochen, wie die Landwirtschaft effizienter, effektiver gestaltet werden kann, sowohl im Hinblick auf höhere Erträge als auch um die Lebensbedingungen der ländlichen Bevölkerung zu verbessern. Die Gründung der LPGs entsprach also einerseits den Bedürfnissen vieler Bauern, folgte aber andererseits auch den staatlichen Planungszielen. Manche wollten die Kollektivierung auch nicht und mussten dann schon mehr oder weniger stark überredet werden, das gehört auch zur Wahrheit dazu.

Du kommst aus einer Familie bayrischer Landwirte. Warum sind einige Familienmitglieder von dir in die DDR übergesiedelt?

Johanna: Mein Vater hatte zehn Geschwister und von denen sind fünf in die DDR gegangen. Mein Großvater Richard Scheringer (geb. 1904) hatte einen großen Hof in Oberbayern, den er aber nach dem Krieg aufteilte, um Flüchtlingen aus den Ostgebieten in Zusammenarbeit mit der Landessiedlung Hilfe geben zu können. Das war sozusagen eine private Bodenreform. Er war ein Befürworter und Kämpfer

SOZIALISTISCHE UMGESTALTUNG DER LANDWIRTSCHAFT



für die bayrische Bodenreform und auch bei der verfassungsgebenden Versammlung in Bayern mit dabei. Am Ende ist aber keine Reform durchgeführt worden und die Großgrundbesitzer durften ihr Land behalten. Unter anderem weil das so gelaufen ist, aber auch aus politischen Gründen, sind gerade die Geschwister meines Vaters, die Landwirtschaft machen wollten, in die DDR gegangen. Drei haben dann auch die Bauernhochschule besucht und abgeschlossen.

Dein Großvater hat in Westdeutschland Veranstaltungen zu kollektiver Landwirtschaft organisiert. Wie kamen diese Veranstaltungen bei den Bauern an?

Johanna: Weil die westdeutschen Bauern schon damals unheimlich unter Druck geraten sind, sich dem Anspruch „Wachsen oder Weichen“ unterordnen mussten, war das auch für sie interessant. Sie mussten entweder mehr Erträge schaffen oder aufgeben. Viele Landwirte sind in den 70ern auch zusätzlich als Hilfsarbeiter in die Fabrik gegangen, was eine wahnsinnige Arbeitsbelastung für relativ wenig Einkommen bedeutete. Es wurden auf diesen Veranstaltungen

verschiedene Modelle, auch andere als in der DDR, diskutiert, so gab es z.B. in Israel Genossenschaften (Moshav), in denen jeder seinen eigenen Stall hatte, aber die Felder gemeinschaftlich bewirtschaftet wurden. Zudem wurde gerade im Osten eine große Chance verpasst, als nach der Wende alles auf Teufel komm raus privatisiert wurde und gerade andere Unternehmungen als die der Genossenschaft bevorzugt wurden. Das besondere an Genossenschaften ist jedoch der Förderzweck, der über das Ziel der Ertragssteigerung und Gewinn hinausgeht. Seit einer nicht gelungenen Reformierung des Genossenschaftsgesetzes 2004 steht der Förderzweck allerdings weniger im Fokus, wie man bspw. an den Volksbanken sehen kann. Die Idee hat aber auch heute auf jeden Fall noch viel Potential, nicht zuletzt, weil es dabei um gemeinschaftliches Eigentum geht, bei dem die Genossenschafter, also diejenigen, die gleichzeitig Beschäftigte und Miteigentümer sind, direkte Mitbestimmung und Mitverantwortung haben. Deshalb sind Genossenschaften auch ein guter Weg für mehr Wirtschaftsdemokratie.

Glaubst du das Konzept würde heute noch, z.B. auf kommunaler Ebene, funktionieren?

Johanna: Die Gründe von damals, das Prinzip „Wachsen oder weichen“, bestehen heute immer noch. Es gibt auch einige Beispiele solidarischer Landwirtschaftsbetriebe, die gut funktionieren, z.B. in der Kommune in Niederkaufungen. Es gibt auch Fälle, in denen sich Bauern zusammenschlie-

„GROSSGRUNDBESITZER, BESONDERS DIEJENIGEN, DIE DEN HITLERFASCHISMUS UNTERSTÜTZT HATTEN, WURDEN ENTEIGNET UND LANDLOSEN KLEINE BETRIEBSFLÄCHEN ZUGETEILT. DAVON PROFITIERTEN INSBESONDERE AUCH JENE, DIE ALS FLÜCHTLINGE IN DIE DDR GEKOMMEN SIND UND SO EINE EXISTENZSICHERUNG ERLANGTEN.“

Ben, weil sie alleine nicht überleben würden, dies aber nicht in Form einer Genossenschaft tun, sondern mit anderen Unternehmensformen. Wenn die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen so sind, dass Genossenschaften gar nicht im Fokus sind, dann werden auch Betriebe, die was gemeinschaftlich machen wollen durch Berater eher auf andere Wege gebracht (z.B. GbR, GmbH). Zudem wurde gerade im Osten eine große Chance verpasst, als nach der Wende alles auf Teufel komm raus privatisiert wurde und gerade andere Unternehmungen als die der Genossenschaft bevorzugt wurden. Das besondere an Genossenschaften ist jedoch der Förderzweck, der über das Ziel der Ertragssteigerung und Gewinn hinausgeht. Seit einer nicht gelungenen Reformierung des Genossenschaftsgesetzes 2004 steht der Förderzweck allerdings weniger im Fokus, wie man bspw. an den Volksbanken sehen kann. Die Idee hat aber auch heute auf jeden Fall noch viel Potential, nicht zuletzt, weil es dabei um gemeinschaftliches Eigentum geht, bei dem die Genossenschafter, also diejenigen, die gleichzeitig Beschäftigte und Miteigentümer sind, direkte Mitbestimmung und Mitverantwortung haben. Deshalb sind Genossenschaften auch ein guter Weg für mehr Wirtschaftsdemokratie.

Das Interview führte Daniel, Trier

Wer mehr zum Thema erfahren möchte, dem sei folgendes Buch empfohlen: Richard Scheringer „Wer melkt wen?“ BS-Verlag-Rostock; Auflage: Neuaufl. (1. September 2004)

Verbrechen gegen die Arbeiterklasse

Vor 100 Jahren wurde das Betriebsrätegesetz beschlossen. Der Arbeiterprotest dagegen wurde von alten Würden und der SPD niedergemetzelt

Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist voll von diesen Beispielen und den Versuchen, sie zu vertuschen, zu verharmlosen, zu entstellen, die Täter zu Opfern und die Opfer zu Tätern zu machen. Im DGB-Newsletter Einblick vom 15. Januar 2020 wird über ein solches Beispiel berichtet. Anlass dafür ist das „Betriebsrätegesetz“ – beschlossen vor hundert Jahren, am 4. Februar 1920. Offensichtlich ist es zumindest den für die Inhalte des DGB Newsletter Redaktionsverantwortlichen wichtig, etwas zu seiner Vorgeschichte zu veröffentlichen. Ein Ereignis, was mit aufs Konto der im vergangenen Jahr von den rechten Gewerkschaftsführern gefeierten 100 Jahre „Sozialpartnerschaft“ geht. Es wird weder in Vorworten der gewerkschaftlichen noch sonstigen Ausgaben des heutigen BetrVG-Betriebsverfassungsgesetzes erwähnt noch gehört es zum selbstverständlichen Allgemeinwissen von Betriebsräten und in den Gewerkschaften. Möglicherweise will der DGB dem etwas Abhilfe verschaffen, in dem er den Historiker Axel Weipert im o.g. Newsletter zu Wort kommen lässt. Der schreibt dazu unter der Überschrift:

Die blutigste Demonstration in Deutschland

„Am 13. Januar vor 100 Jahren schossen Sicherheitskräfte friedliche Demonstranten gegen das Betriebsrätegesetz zusammen. 42 Menschen starben, Hunderte wurden verletzt.“ Tatort war der damalige Königplatz vor dem Reichstagsgebäude, in dem die 2. Lesung des Betriebsrätegesetz-

zes stattfand. Weit über hunderttausend ArbeiterInnen waren dem Aufruf der USPD, der KPD, der Berliner Gewerkschaftskommission und der Betriebsrätezentrale gefolgt. Sie hatten streikend Fabriken, Handwerksbetriebe, Kraftwerke, Eisen- und Straßenbahnen verlassen, um gegen den Inhalt des Betriebsrätegesetzes zu protestieren. Wie vom damaligen sozialdemokratischen Innenminister Heine, ja, selbst dem zuständigen Polizeikommandanten und anderen Augenzeugen bestätigt, standen sie

Menge und schmiss zusätzlich auch noch Handgranaten auf die Demonstranten. Die Verantwortung für die „Aufstandsbekämpfung“ der Arbeiter gegen das Betriebsrätegesetz trug der damalige Kriegs- bzw. Reichswehrminister Gustav Noske von der SPD. Die war abgesehen von Noske und hunderten Beamten mit Friedrich Ebert, dem ersten Reichspräsidenten, mit Innen- und Arbeitsminister sowie mit dem Reichskanzler Gustav Bauer an der Reichsregierung beteiligt. Zu ihm heißt es bei Historiker Weipert:



Foto: Gemeinfrei

hierbei der Sicherheitspolizei nur 4 bis 5 Meter gegenüber. „Die Sicherheitspolizei war eine kasernierte Truppe zur Aufstandsbekämpfung, die mit schweren Waffen ausgerüstet war. Sie rekrutierte sich vornehmlich aus rechtsradikalen Freikorps. Viele ihrer Mitglieder machten dann später in SA und Gestapo Karriere.“

Nach Erteilung des Schießbefehles schoss die Sicherheitspolizei mit Maschinengewehren und Karabinern aus der Entfernung von 5 Meter in die

„Reichskanzler Gustav Bauer behauptete am Folgetag, der Gewalteinmarsch habe einen unmittelbar bevorstehenden Sturm auf das Reichstagsgebäude und damit ein Massaker an den Abgeordneten verhindert. Wenig später beschloss das Parlament deshalb eine immer noch in ähnlicher Weise geltende Regelung, wonach im Bannkreis (bekannt als „Bannmeile“ d. Verf.) um Verfassungsorgane nur unter strengen Auflagen demonstriert werden darf. Tatsächlich war eine Stürmung

des Gebäudes aber weder geplant noch versucht worden. Vielmehr hatte die Sicherheitspolizei auf unbewaffnete Demonstranten geschossen.“ Wie oben bereits erwähnt, hat der Reichstag bzw. wie es korrekt heißt, „die verfassungsgebende Nationalversammlung“ das Betriebsrätegesetz am 4. Februar 1920 beschlossen. Mit seinem hundertjährigen Jubiläum am 4. Februar 2020 ist es der Vorläufer des heutigen BetrVG-Betriebsverfassungsgesetz. In dem Zusammenhang nachfolgend § 66 aus dem Betriebsrätegesetz.

Auszug aus dem Betriebsrätegesetz § 66

„Der Betriebsrat hat die Aufgabe: in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken die Betriebsleitung durch Rat zu unterstützen, um dadurch mit ihr für einen möglichst hohen Stand und für möglichst wirtschaftliche Betriebsleistungen zu sorgen; in Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken an der Einführung neuer Arbeitsmethoden fördernd mitzuarbeiten; den Betrieb vor Erschütterungen zu bewahren...“. Wie daraus hervorgeht, sollten die Betriebsräte damit gegen ihren Willen gesetzlich gezwungen werden, mit der für den I. Weltkrieg verantwortlichen und verbrecherischen Kapitalistenklasse zusammenzuarbeiten. Was hierbei mit Waffengewalt gegen die Arbeiterklasse durchgesetzt wurde, liefert die IGM-Führung dem Kapital, den „Betrieben mit wirtschaftlichen Zwecken“ heute (nicht erst seit heute) mehr oder weniger frei Haus. Hierbei lässt sie das kapitalistische Ausbeutungssystem, unsere Lohnarbeit, die Ausbeutung unserer Arbeitskraft in den Betrieben einschließlich evtl. Gedanken an den Kampf für Sozialismus, für die Abschaffung der Ausbeutung des Menschen durch den Menschen hinter – vornehm ausgedrückt – hirnerweichenden Bergen von Transformations- und sonstigen Gestaltungsaufgaben verschwinden. So wurde auf dem Gewerkschaftstag



Umzug in Halle für den Achtstundentag (1912), der dann im Stinnes-Legien-Abkommen (1918) vereinbart wurde. Foto: Unbekannt / gemeinfrei

Okt. 2019 mit der Entschließung E1 „Die IG Metall vom Betrieb ausdenken“ (woher sonst) den Delegierten ein „Szenario“ um die Ohren geschlagen und beschlossen. Unter vielem anderen heißt es darin: „In den großen Konzernen gestalten wir auf der Grundlage starker Handlungsmacht auf zentraler Ebene mit und vereinbarten Rahmenregelungen, die vor Ort im Betrieb wiederum ausgestaltet und umgesetzt werden können ...“ Und an anderer Stelle wird ausgesagt: „Wir gehen die Herausforderungen von dem an, was die Menschen im Betrieb bewegt. Dabei nutzen wir die Stärke und die Macht der gesamten Organisation und Kompetenz. Wir arbeiten aufgabenorientiert und denken nicht in einer Hierarchie von Organisations-, sondern von Kompetenzebenen. Uns gelingt es, die steigende Komplexität der Anforderungen in den Betrieben zu managen. Unsere Branchenarbeit nimmt wirkungsvoll Einfluss auf die Politik und ist Plattform für branchenbezogene Ansätze der Transformations-, Arbeits- und Technikgestaltung (...) Aus diesem Grund bieten wir sowohl unseren ehrenamtlichen betrieblichen als auch hauptamtlichen Kolleginnen und Kollegen, die unmittelbar für die Arbeit in den Betrieben zuständig sind, an, sich als Veränderungspromotoren für den Beteiligungs- und Veränderungsprozess in den Betrieben ausbilden zu lassen.“

Wenn das nichts ist, was da beschlossen wurde? Das passt wie „Faust aufs Auge“ zum Inhalt des oben zitierten Paragraphen 66: „an der Einführung neuer Arbeitsmethoden“ usw. „fördernd mitzuarbeiten;“ Hierbei liefert die IGM-Führung den Kapitalisten geradezu eine Vorlage zur Änderung der Betriebsverfassung, bei der die sich die Kosten für Unternehmensberater und Schulungen gleich mit sparen können. Aber das ist nicht das Schlimmste. Mit diesem ganzen Geschwurbel von „Veränderungspromotoren“ usw. wird Betriebsräten und Belegschaften eine Gehirnwäsche verpasst. Hierbei werden sie jahrelang („Veränderungsprozess“ bis Gewerkschaftstag 2023) mit Kapitalismusgestaltung beschäftigt und bewusst von den eigentlichen gewerkschaftlichen Kampfaufgaben, wie u. a. der Durchsetzung der 35-Stunden-Woche im Osten abgehalten. Es hilft nichts – den „Veränderungsprozess“ und die Ausreden der opportunistischen Gewerkschaftsführer zurückzudrängen und „Macht“, „Stärke“ und „Kompetenz“ der Organisation darauf zu konzentrieren und dafür die IGM zu mobilisieren, können nur die betroffenen Betriebsräte und Belegschaften in Ost und West.

Ludwig Jost

Ludwig (85) war jahrzehntlang in der IG Metall aktiv, ist Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) und schreibt regelmäßig für die Kommunistische Arbeiterzeitung (KAZ). Der Artikel ist zuerst in der KAZ-Ausgabe 370 erschienen.

MARXISTISCHER SPICKZETTEL

GOETHE'S „FAUST“ - MEHR ALS NUR KONSERVATIVE BILDUNGSIKONE

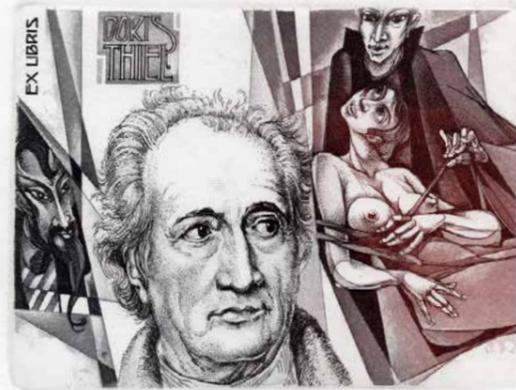
Im Schulbuch steht rechter Unsinn? LehrerInnen trichtern euch reaktionäre Inhalte ein? Du weißt nicht, was du dagegen sagen sollst? Das hat fast jede/r schon erlebt – denn unsere Schulen haben eben auch den Auftrag, die Ideologie der Herrschenden zu verbreiten. POSITION hilft – mit dem Spickzettel zum Ausschneiden.

Das in über 35 Jahren Arbeit entstandene Drama „Faust I“ handelt vom Gelehrten Heinrich Faust, der, zweifelt über die ausbleibende Befriedigung seines Verlangens zu erkennen „was die Welt/ Im Innersten zusammenhält“ einen Pakt mit einem Teufel schließt. In der Folge der Ereignisse verliebt Faust sich in die Kleinbürgerin Margarete (also known as „Gretchen“), die von ihm schwanger wird und geprägt durch ihr fundamentalistisch-christliches, kleinbürgerliches Umfeld sich gezwungen sieht, ihr Kind umzubringen, und dafür hingerichtet wird.

Oder um es mit Brecht kurz zu machen: „Im Grunde genommen ist es die Liebesgeschichte eines Intellektuellen mit einer Kleinbürgerin. Das muss ja mit dem Teufel zugegangen sein.“

Vor dem Hintergrund von Goethes Zeit ist das Werk als aufklärerische, humanistische Kritik am Irrationalismus und der Rückwärtsgewandtheit sowohl des Kleinbürgertums als auch von Teilen der Intelligenz zu verstehen. Sie beide wenden sich in scheinbar ausweglosen Situationen den reaktionären Elementen, also dem Teufel Mephisto auf der einen, dem herrschaftssichernden Christentum des ausgehenden Feudalismus auf der anderen Seite, zu. Da wo das kritische Hinterfragen und der Wille zur Erkennbarkeit der Welt wegfallen,

beginnt im „Faust“ der tragische Teil. Faust im historischen Kontext Spannend ist jedoch auch der historische Umgang mit Faust. So wurde er zur Zeit des Faschismus in Deutschland radikal umgedeutet. Heinrich sei dabei der tragische, deutsche Held, wohingegen Mephisto wahlweise Agent der bolschewistischen oder jüdischen Weltverschwörung



sei und den tugendhaften Faust zum Fall bringe. Auch prägte in dieser Zeit Schauspieler Gustaf Gründgens die wohl bekannteste deutsche „Faust“-Inszenierung, die 1960 in relativer Kontinuität zur Darstellung des Faust zu Zeiten des Faschismus verfilmt wurde. Alles, was von dieser Art der Inszenierung abwich wurde heftig kritisiert, vor allem wenn es aus der DDR kam. Ein Beispiel dafür ist eine Faust-Aufführung mit Ernst Busch als

Mephisto, die vom SPD nahen Vorwärts-Verlag 1955 als Ergebnis der „ostzonalen Hexenküche“ und ihrer Weltanschauung bemäkelt wurde. Das zeigt auch den Unterschied zur Rezeption im Sozialismus: Wo man im Westen vordergründig immer um eine „unpolitische“ Aufführung in Verbindung mit einer Vergötterung Goethes und seiner „unverfälschten Worte“ bemüht

war, ging es im fortschrittlichen Deutschland darum, dass auch Kunst nicht statisch und losgelöst von Geschichte existiert. So hat man die fortschrittlichen Elemente des Stücks vorangestellt, namentlich das humanistische

Menschenbild, eine frühe dialektische Weltansicht, die Religionskritik und auch die Darstellung der Klassenwidersprüche im Faust. Dialektik, Klassen, das passt alles nicht in den westdeutschen, konservativen „Faust“, der, vermeintlich unpolitisch und längst zur nationalen Bildungsikone ausgehöhlt, gut ein wenig Widerspruch im Klassenzimmer ertragen kann.

Max, Köln

„Hedwig Pauwels“ (1934, Belgien) by ulrichzeuner is licensed under CC BY-NC-SA 2.0

POSITIONS RÄTSEL

AUS WESSEN MUND STAMMT DIESES ZITAT?

(KURZ NACH DEM SIEG DER ALLIIERTEN ÜBER DAS FASCHISTISCHE DEUTSCHLAND)

„Es gibt Gruppen in unserer Partei, die etwas radikalere Vorstellungen haben.“



- a) Bernd Riexinger, Co-Vorsitzender der Partei „Die Linke“
- b) Christian Lindner, FDP-Vorsitzender
- c) Sigmar Gabriel, ehem. SPD-Vorsitzender

WER WIR SIND

Die POSITION ist das Magazin der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ). Wir sind eine bundesweite Jugendorganisation, die sich nicht mit den herrschenden Zuständen abfindet. Wir setzen uns ein: Für das Recht auf Ausbildung und Arbeit für alle. Für das Recht auf Bildung für alle. Gegen Rassismus und Faschismus. Für dauerhaften Frieden. Für diese, unsere Interessen, müssen wir selber kämpfen! Alle unsere Forderungen richten sich gegen die Herrschenden in dieser Gesellschaft - gegen die Kapitalisten und für eine sozialistische Gesellschaft. Wir sind Mitglied des Weltbunds der Demokratischen Jugend (WBDJ), denn alleine erreichen wir nichts. Deswegen: Mach mit in der SDAJ!

IMPRESSUM

Herausgeber
Verein Position e.V.

Kontakt
Verein Position e.V.
Hoffnungstraße 18
45127 Essen
Tel: 0201. 230633

Abowertung
position@sda-j-netz.de

Redaktion
zeitungskollektiv@sda-j-netz.de
www.sda-j.org

V.i.S.d.P.
A. Koppay c/o Verein Position e.V.
Hoffnungstraße 18
45127 Essen

Spendenkonto
Position e.V.
Sparda-Bank West eG
IBAN: DE52 3606 0591
0002 3338 39
BIC: GENODE33PSE

Gläubiger ID
DE88AB000001194007

Auflage: 1.500
Druck: Eigendruck

Eigentumsvorbehalt: Dieses Magazin ist so lange Eigentum des Absenders bis es dem Gefangenen persönlich ausgehändigt worden ist. „Zur Habernahme“ ist keine Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird diese Druckschrift dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Satz: Peter Maffay

Bildquellen: Diese Publikation nutzt grafiken von freepik.com: „designed by freepik“. Bei Fotos ohne angebe gilt die Freigabe nach CC 01

Die nächste Ausgabe erscheint im Mai 2020, Redaktionsschluss für Leserbriefe und Artikel ist der 18. April

OUTRO

Tja, was kommt als nächstes Thema? Worum geht's in der POSITION in zwei Monaten? Das können wir leider noch nicht so genau sagen, da unser Bundeskongress einen neuen Bundesvorstand gewählt hat und wir zusammen mit ihm noch ein wenig brainstormen werden, was als nächstes drankommt. Wie wir

uns kennen wird's jedenfalls wie immer sehr gut, also schaut auch in Zukunft wieder rein!



POSITION BEZIEHEN!

Hiermit abonniere ich die Zeitschrift POSITION bis auf Widerruf.
Bitte in Druckbuchstaben ausfüllen.

Name, Vorname (Kontoinhaber) _____

Straße, Hausnummer _____

PLZ, Ort _____

E-Mail-Adresse _____ Telefonnummer _____

Ich will ein ... (Bitte ankreuzen)
 Normalabo für nur 10 € im Jahr Soliabo für 20 € im Jahr

Ich ermächtige den Verein POSITION e.V., Zahlungen von meinem Konto mittels Lastschrift einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von dem Verein POSITION e.V. auf mein Konto gezogenen Lastschriften einzulösen.

Name des Kreditinstituts _____ BIC des Kreditinstituts _____

DE _____
IBAN _____

Datum, Ort und Unterschrift _____

Wenn du das Formular vollständig ausgefüllt hast, es per Post an Abo-Service c/o Verein POSITION e.V., Hoffnungstraße 18, D-45127 Essen

